bonjour tristesse

#10 (2/2010)

Antworten aus der Provinz: Texte für Halle und Umgebung

Editorial

Dass sich der kritische Gehalt einer Demonstration nicht proportional zur Masse der anwesenden Demonstranten verhält, dürfte nicht erst seit den linksdeutschen Massenaufmärschen in Dresden, den „breiten Bündnissen" für den Kiezfrieden in Hamburg oder den jährlichen Gedenk- und Mahndemonstrationen, die die deutsche Linke in fast jeder größeren Stadt zu bieten hat, bekannt sein. Dass sich, umgekehrt, die Anzahl der Teilnehmer an einer Demonstration reziprok zu ihrem kritischen Gehalt verhält, ist deswegen allerdings nicht unbedingt richtiger. (Der Besuch einer der auch im Jahre 2010 noch stattfindenden „Montagsdemonstrationen", zu denen sich in Halle die MLPD mit vier bis sechs revolutionären Mitstreitern auf dem „unteren Boulevard" zusammenfindet, sollte als Beispiel ausreichen.) Zu wenigen Gelegenheiten aber braucht es nur 40 Personen, um für zwei Monate zur Hauptbeschäftigung einer kleinen öden Stadt in Sachsen-Anhalt zu werden. Im Januar dieses Jahres fand ein „ideologiekritischer Aktionstag in und gegen Köthen" statt, der die Widerwärtigkeiten des Lebens in der (ost-)deutschen Provinz thematisierte. Hier traf offensichtlich die dort dargebrachte Kritik – wovon sich der geneigte Leser u.a. in der letzten Ausgabe der Bonjour Tristesse, auf der Website der Veranstalter (actionday.blogsport.de) oder, wer der Feldforschung nicht abgeneigt ist, mit einem Ausflug in jene kleine öde Stadt – auf ihre empirischen Beweise: Die Bürger von Köthen.

Die „Mitteldeutsche Zeitung" (MZ), nicht nur in Köthen Sprachrohr des gesunden Menschenverstandes, widmete in den folgenden Monaten gleich mehrere längere Artikel nicht nur dem Anliegen der Demonstranten (vielen Dank dafür!), sondern vor allem den „unaufgeklärten, ewig gestrigen Köthener Bürgern", die von der Lokalredaktion aufgefordert wurden, ihre Meinung über das „hässliche und trostlose" Köthen kundzutun. Und da man auch in der MZ-Redaktion weiß, dass Kritik konstruktiv zu sein habe, wurden vier Fragen an die Leser formuliert, die nicht nur nach dem Wahrheitsgehalt der auf der Demonstration geäußerten Kritik fragte, sondern aufforderten, Möglichkeiten der Behebung auftretender Missstände zu benennen. So gab es also keine unverhohlenen Lynchaufrufe, sondern dezente Hinweise auf die Herkunft der Demonstranten („Sind alle Köthener? Wie sonst kann ich mir anmaßen, über eine Stadt und deren Zustände zu urteilen?") gepaart mit profundem Halbwissen über das „eigentliche" Anliegen der Demonstrationsteilnehmer, die nämlich auf „antiimperialistische Randaleevents", ihren „Vorbildern in Berlin oder Hamburg" nacheifernd, ausseien. Leserbriefschreiber, Stadtmarketing und der Köthener Stadtrat bewiesen mit ihren belanglosen Äußerungen zum Kleinstadtleben („Köthen ist nun mal nicht Frankfurt!") vielmehr, dass Lesen und Verstehen immer noch zwei Paar Schuhe sind. So kam es, wie es kommen musste, und in der MZ drehte sich die Diskussion über das „hässliche" Köthen um die „Peripherie, wo noch viel gemacht werden muss", „Dreck" auf den Straßen, der „von manchen Zeitgenossen achtlos in den öffentlichen Raum entsorgt" werde und der Aufforderung an die „Mitbürger, den Hundekot doch gefälligst ordentlich zu entsorgen". Für diesen Aufruf zur Ordnung brauchte es aber schon Martin Pfarr, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der SPD im Stadtrat, der nicht nur an die Sauberkeitserziehung der Bürger appellierte, sondern gleich die Kritiker der Köthener Zustände ganz sozialdemokratisch umarmte („gerade in der Verzerrung – auch in der extremen – steckt immer ein Körnchen Wahrheit"), und deren Kritik zur Grundlage seines Aufrufs „Schöner unser Köthen!" machte. Und damit es in Köthen nicht nur schöner, sondern auch besinnlicher wird, überlässt die Redaktion der Bonjour Tristesse die letzten Worte einer Köthener Mitbürgerin, die auch mal an die Kinder denkt: „Der alljährliche Weihnachtsmann. Nach all den Jahren müsste dies mal ein anderer machen. Der jetzige geht überhaupt nicht mehr auf die Kinder ein und unterhält sich auf dem Weihnachtsmarkt lieber mit Erwachsenen." Wir hoffen, unsere Leser hatten ein frohes Osterfest!

Die Themen dieser Ausgabe:

» Die Glaucha-Deutschen. *Melanie Hübner.*
» „Pazifisten sind Mörder!" *AG Antifa.*
» „Eine Perle Sachsen-Anhalts". *Bernd Schmied* im Interview mit Köthens B-Prominenz.
» Kann denn Arbeit böse sein? *Martin Dornis.*
» Heimatschutzkommando Ost.

Darüber hinaus gibt es unter The same procedure ... *wie immer eine Anthologie des alltäglichen Wahnsinns in der Provinz. Viel Vergnügen.*

WWW.BONJOUR-TRISTESSE.TK

Die Glaucha-Deutschen

Glaucha. Man sollte es schon mehrmals laut aussprechen, um die Hässlichkeit der Phonetik bis ins Mark zu spüren. Schon vom Namen her will dieser Ort niemandem gefallen. Er klingt nach einem Gemisch aus Gülle und Jauche, und, was dazukommt, er sieht auch so aus. Ein Stadtteil, der von der Presse sowie den einschlägigen Akteuren als „Problemviertel", „schwieriger Stadtteil", „Kiez mit schlechtem Ruf" oder ganz simpel „sozialer Brennpunkt" charakterisiert wird. Um das im südlichen Innenstadtbereich Halles liegende Viertel zu beschreiben, mangelt es in den bisher erschienenen Traktaten auch nicht an kraftstrotzenden Vokabeln. Die beliebtesten zur Beschreibung des Viertels verwendeten Worte lauten dann auch „Resignation", „Leerstand", „Frust" und „Verfall". Dabei ist Glaucha jedoch vor allem eines: ziemlich normales Halle. Melanie Hübner hat sich etwas näher herangewagt.

Als sich Mitte der 1990er Jahre die „Vereinigte Linke" („VL") dazu entschloss, ein seit Jahren besetztes und genutztes Haus in der hallischen Innenstadt aufzugeben und zugunsten eines von der Stadtverwaltung angebotenen Ersatzobjektes in einem unattraktiven Arbeiterviertel zu verlassen, hatten die Hausbesetzer große Pläne. Nicht nur die Sanierung des heruntergekommenen Gebäudes, sondern vor allem die Veränderung des herrschenden Milieus, das heißt, das Hineinwirken des Projektes in die unmittelbare Umgebung, waren ausgemachte Ziele der Umzügler. Während die Sanierung im Grunde bis heute andauert, ist das Projekt „Milieuveränderung" bereits lange vorher gescheitert. Die Bewohner des Viertels interessierten sich weder für Antirassismus noch für die neueste Ausgabe der Berliner Autonomenpostille „Interim". Und auch ein sich im Hause befindliches Restaurant, das vor langer Zeit für seine durchaus schmackhaften Speisen bekannt war, wurde in der Regel nicht von den Anwohnern der umliegenden Straßenzüge aufgesucht, sondern vom linksalternativen Klüngel anderer Stadtviertel. So musste schon bald auch der Versuch einer kulinarischen Umerziehung als gescheitert betrachtet werden. Die Anrufe wegen Lärmbelästigung bei den halbjährlich stattfindenden Open-Air-Veranstaltungen blieben bis auf weiteres die einzigen Indizien für eine Interaktion mit der alteingesessenen Einwohnerschaft. Auch die erhoffte Sogwirkung des „VL", und damit der Zuzug von Studenten, Linksalternativen und anderen potenziellen Milieuveränderern blieb weitgehend aus. Die Anwohnerschaft des Stadtbezirkes zeigte sich beeindruckend wider-

ständig gegen die penetranten Anquatschversuche von links. Was in der Umgebung des „VL“ grandios scheiterte, scheint sich nun mit 15-jähriger Verzögerung im sich in unmittelbarer Nähe des „VL“ befindlichen Glauchaviertels zu verwirklichen.

Postkult e.V.

Das sich ansonsten mit derlei deutlichen Formulierungen zurückhaltende Online-Lexikon „Wikipedia“ weiß über das Glauchaviertel durchaus Erhellendes zu berichten: „Der Dreißigjährige Krieg ruinierte die kleine Gemeinde wirtschaftlich und moralisch. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts prägte die Trunk- und Spielsucht das öffentliche Leben. […] Als 1682 eine Pestepidemie 800 von 1.200 Einwohnern auslöschte, war die Katastrophe perfekt. Zahllose Waisenkinder bettelten sich von Tür zu Tür, und das gesellschaftliche Leben lag vollends brach.“ Vom Wirken des Kinderschinders August Hermann Francke über die Geburt der Stalinistin Margot Honecker bis hin zum heutigen Zustand zieht sich das gesellschaftliche und intellektuelle Elend wie ein roter Faden durch die Geschichte des Viertels. Dass es damit auch in Zukunft nicht vorbei sein wird, steht derweil zu vermuten. Doch seit einiger Zeit ist Glaucha beliebt. Beliebt bei den „Stadtvätern“, der „Internationalen Bauausstellung 2010“ (IBA), diversen Initiativen für und gegen alles Mögliche, dem „Halleforum“ und vor allem: dem „Postkult e.V.“. Gegründet vor mehr als drei Jahren ist der Verein innerhalb kürzester Zeit zum Shootingstar der hallischen Vereinsmeierei aufgestiegen. Gegenwärtig vergeht kaum eine Woche, in der in Glaucha nicht irgendein „Projekt“ stattfindet, nicht zu einem „Straßenfest“ eingeladen wird oder, unter Schirmherrschaft der Postkultler, mit großem Tamtam die Zukunft des Viertels beschworen wird. Dabei orientiert sich der Großteil der zahlreichen „Projekte“ am traditionellen linken Erfahrungsschatz der „Stadtteilarbeit“. Konkret: Es gibt einen „Umsonstladen“, einen „Stadtgarten“, ein „Kulturlabor“, Straßenfeste und dergleichen mehr. Im Unterschied zu den schwarzkapuzigen Vorbildern aus Berlin, Hamburg und Göttingen bezeichnen sich die Akteure in Glaucha jedoch nicht offen als „Linke“. Trotz der augenscheinlichen Nähe zur alternativen Szene – nicht wenige der Aktivisten können auf eine Karriere in linken Initiativen zurückblicken – ist beim „Postkult e.V.“ kein Verweis auf die sonst unvermeidlichen „-ismen“ wie Antirassismus, Antifaschismus, Antisexismus usw. zu finden. Doch das ist auch nicht nötig. Denn all das, was lange Zeit als „links“ galt, gehört selbst im schwarz-gelb regierten Deutschland längst zum Mainstream. Der „Postkult e.V.“ ist somit ein Kind seiner Zeit, das seinen Erfolg dem Aufguss alter Schoten verdankt, ein revolutionäres Relikt aus den 1980ern, heute staatstragend und friedlich. Trotz dessen: Verfolgte man als interessierter Beobachter in den letzten Monaten die Aktionen der Glauchaverbesserer, blieb meist nicht viel mehr als ein seltsames Unbehagen über den Aktionismus, der vor allem langweilig war. Etwas wirklich Fassbares ließ sich gegen den „Postkult e.V.“ nicht vorbringen. Der Verein agierte scheinbar unideologisch, pragmatisch und präsentierte sich als gewöhnlicher Trittbrettfahrer einer gesellschaftlichen Entwicklung. Doch in letzter Zeit gewann das Profil des Vereins mehr und mehr an Kontur. So wie die in den 1980er Jahren hervorsprießenden linken „Umsonstläden“, „Volksküchen“ u.ä. nie rein karitative Veranstaltungen zur Versorgung der Szeneangehörigen waren, haben auch die Aktivitäten des „Postkult e.V.“ mehr im Sinn, als die Bespaßung des eigenen Mikrokosmos’. Immer schon waren die einschlägigen Angebote der Szene Werbeveranstaltungen, mit denen dem Rest der Menschheit bewiesen werden sollte, dass ein „anderes Leben möglich“ und der Verzicht auf die Monetärwirtschaft – das Verteilen kostenloser Altkleider, ausgemusterter Elektrogeräte und verkalkter Wasserkocher – der erste Schritt hin zur „befreiten Gesellschaft“ sei. Trotz des Wissens um das sich im Nationalsozialismus den Nazis an die Brust werfende Proletariat stand der Kampf um das Volk, die Anbiederung an den Mob, bei der übergroßen Mehrheit der Linken ganz oben auf der Agenda. Dass sich außerhalb der Szene niemand für die meist in dunklen Kammern untergebrachten „Umsonstläden“ interessierte und die Bevölkerungsmehrheit lieber „vereinzelt“ selbst kochte, als sich den Zumutungen des Volksküchenschmauses auszusetzen, nahm man zwar wahr, vermutete hinter der Abfuhr aber die manipulativen Machenschaften der herrschenden Klasse. Auch beim „Postkult e.V.“, in dem sich nach eigenen Angaben „motivierte, junge Menschen, […] zusammenfanden, um einfach mal was zu machen“, ist der Praxiswahn, das Tun um des Tuns willen, und die damit offen artikulierte Absage an das Denken, nur die eine Seite. Denn auch den Postkultlern geht es um mehr. Der Verein setzt sich laut Website „für die Bereicherung des kulturellen und kreativen Lebens“ ein, er lege „seinen Schwerpunkt auf die Wiederbelebung von leer stehenden Gebäuden und Gebäudeteilen“, und arbeitet „nun vor allem stadtteilbezogen in Glaucha“, denn man will „dazu beitragen, das Viertel neu zu beleben“.

Persönliche Streitigkeiten

Was jedoch passiert, wenn sich Leute um des Bedürfnisses nach Identität zusammenschließen, wenn also der Drang, sich eine Heimat zu basteln, übermächtig wird, ist derweil bekannt. Gemeinschaft funktioniert nicht ohne Ausschluss, Heimat nicht ohne Affront gegen Fremde, und Identität ist ohne Feindschaft schwerlich zu haben. Und diese Fremden sind auch in Halle schnell ausgemacht: Bei einem Konzert, das vom „Postkult e.V.“ organisiert wurde, kam es zu massiven antisemitischen und homophoben Beschimpfungen. Laut mehreren Zeugen beschimpfte ein Gast der Veranstaltung den Träger eines Davidsterns als „Judenschwein“; es kam zu Aussprüchen wie „Halt die Fresse, du Zionist“ usw. Vom „Postkult e.V.“ interessierte das vor Ort zunächst niemanden. Erst als sich eine handfeste Auseinandersetzung entwickelte, griffen Vereinsmitglieder ein und versuchten, die Situation zu schlichten, indem einer der zuvor Beschimpften als „Schwuchtel“ und „schwule Sau“ tituliert wurde. Im Zuge einer sich den Folgewochen in der Öffentlichkeit entwickelnden Diskussion um die Vorkommnisse erklärte der Verein – offensichtlich um seinen Ruf und damit um die reich sprudelnden Fördertöpfe besorgt –, dass er angesichts der Vorwürfe, die Äußerungen „geduldet und sogar gebilligt“ zu haben, „tief getroffen und geschockt“ sei. Wohlgemerkt, „getroffen“ und „geschockt“ über die „Vorwürfe“, nicht etwa über die antisemitischen und homophoben Äußerungen. Das Problem sei gewesen, dass den „meisten von uns weder rassistische noch sexistische Beleidigungen gemeldet worden sind“, da ansonsten „angemessen darauf reagiert“ worden wäre. Den „meisten“ wurden die Beleidigungen also nicht „gemeldet“. Das ist in etwa so, als würde ein Kleptomane zu seiner Verteidigung vorbringen, an den „meisten“ Tagen nichts zu stehlen. Man wolle „die Behauptung stark zurückweisen, dass Mitglieder von Postkult oder Organisatoren besagter Veranstaltung sexistische oder antisemitische Äußerungen gebilligt hätten“. Der Grund dafür sei einfach: „Diese Behauptung“ hätte sich „bereits aufgrund unserer eigenen Nachforschungen als unwahr erwiesen“. Chapeau! In internen Beschwichtigungsmails hatte der „Postkult e.V.“ derweil einige Aussagen längst zugegeben: „In diesem Zusammenhang ist es zu der […] Äußerung ‚vier Pussies auf einen, das geht nicht‘ gekommen.“ Aber entlastende Argumente wurden gleich mitgeliefert: „Diese Formulierung ist natürlich unangebracht, allerdings eben auch der Situation, um ca. drei Uhr morgens vier stark betrunkene Leute auseinander zu bringen, geschuldet.“ Allgemein habe man „das eindeutige Gefühl, in einen schon länger andauernden persönlichen Konflikt zwischen in Halle politisch aktiven Personen hineingezogen zu werden, der nun leider auf dem Rücken von Postkult ausgetragen wird.“ Man verbitte sich dies zukünftig und nutze „die Gelegenheit“, „alle Beteiligten dazu aufzufordern, Postkult nicht länger in persönliche Streitigkeiten hineinzuziehen“.

Kampf um die Straße

Noch eine ganze Weile danach waren die Mitglieder des „Postkult e.V.“ emsig darum bemüht, den erlittenen Imageschaden in der Öffentlichkeit damit zu begrenzen, die oben erwähnte windelweiche Erklärung, deren Inhalt schon bei oberflächlichem Lesen als Lüge erkennbar war, in alle Welt zu versenden, die vermeintlichen Autoren einer Presserklärung, die die Vorkommnisse skandalisiert hatten, zu einem klärenden Gespräch einzuladen, und potenzielle Geldgeber von der Seriosität der eigenen Machenschaften zu überzeugen. Doch es sollte eine Öffentlichkeit korrumpiert werden, die in der Provinz weder den

Willen noch die Möglichkeit besitzt, solchen Unholden wie den Postkultlern das Handwerk zu legen. Das stoische Beharren auf der eigenen Integrität, darauf, lupenreine Demokraten zu sein, ist eher ein Hinweis darauf, dass die Postkultler ihr eigenes Geschwätz nicht glauben. Das trotzige Festhalten an der Ansicht, dass das Organisieren eines „interkulturellen Austauschs“ schon von sich aus davor schütze, Antisemit, Schwulenfeind oder Rassist zu sein, deutet vielmehr darauf hin, dass es sich bei dem Pamphlet um die Selbstvergewisserung handelt, auf der Seite der Guten zu stehen. Ähnlich einem Gläubigen, dessen unbewusste Zweifel an der Existenz Gottes ihn umso häufiger zum Allmächtigen beten lassen, bis er sich selbst den letzten Zweifel an dem religiösen Firlefanz ausgetrieben hat. Diese Positionierung wider Willen, dessen aufgezwungener Charakter sie so wenig antifaschistisch sein lässt, wie einst den gleichlautenden Schutzwall an der Westgrenze der DDR, ist deshalb vor allem eines: nichts wert. Denn vor dem Hintergrund der widerwärtigen Äußerungen birgt das Lamento über „persönlichen Streitigkeiten“, in die man lediglich „hineingezogen“ worden sei, selbst schon ein paranoides Moment, das die Hintergrundmusik zur Hatz auf jene spielt, deren Abweichlertum als Bedrohung des Friedens und der Glückseligkeit empfunden wird.

Gangs of Glaucha

Doch auch ganz andere „Akteure“ des Viertels sahen sich in ihrer Vorstellung von Gemeinschaft gestört: Kurz vor einer geplanten Eröffnung brachen offenbar Neonazis in die Homebase des Vereins ein, verwüsteten das Inventar und hinterließen an den Wänden geschmierte Hakenkreuze und SS-Runen. In Übereinstimmung mit der danach kolportierten These, dass die Täter die Postkult-Aktivisten von ihrem „Engagement abbringen“ wollten, zeigte der Überfall vor allem, dass der Kampf um die Vorherrschaft und damit um die Gunst der Volksseele hart ausgefochten wird. Während die einen als Lösung der Misere den traditionellen Weg der Stärkung des Deutschtums und der „Rückführung“ Volksfremder ausrufen und zur Durchsetzung ihrer Interessen bisweilen auch Gewalt anwenden, steht die Konkurrenz vom „Postkult e.V.“ in konkreten, aber durchweg friedlichen Angeboten kaum nach: Arbeitseinsatz, Armut als Lifestyle und Stadtteilarbeit. Nicht die Kritik an Zuständen, die Menschen dazu zwingen, sich in schäbigen „Umsonstläden“ einkleiden zu müssen, steht auf der Agenda. Nicht der Hinweis, dass es etwas Schöneres gibt, als in Abrisshäusern als „Wächter“ diese vor dem Verfall zu schützen. Nicht der Verweis, dass in einem „Stadtgarten“ sich insbesondere jene engagieren, nach deren Wirken auf dem Arbeitsmarkt keinerlei Nachfrage besteht. Die Affirmation der schlechten Realität ist das Erfolgsrezept der Postkultler. Verzicht und Entsagung sind als sinnstiftendes Programm für eine Gemeinschaft unerlässlich. Das Einrichten in der Armut, der demonstrative Verzicht auf Forderungen nach einem besseren Leben sind die Ingredienzien einer sich modernisierenden Form deutscher Ideologie. Während klassische Nazis mit ihren resterampigen Parolen niemanden mehr hinter dem Ofen vorlocken, spricht vieles dafür, dass – zumal in Krisenzeiten – das Postkult-Rezept von Kommunitarismus, „do-it-yourself“ und Gemeinschaftsfimmel das deutsche Erfolgsrezept der Zukunft sein dürfte. Exportchancen inklusive.

Melanie Hübner

„Pazifisten sind Mörder!“

Wenn deutsche Linke vor dem Hintergrund des 8. Mai 1945, des Tages, an dem die deutsche Generalität bedingungslos kapitulierte, ihren Pazifismus und Antimilitarismus entdecken, dann solidarisieren sie sich nachträglich mit denen, die Pazifismus und Antimilitarismus ein für alle mal diskreditiert haben. Die Bonjour Tristesse möchte ihren Lesern den Vortrag nicht vorenthalten, der Anfang Mai im Veranstaltungsraum der Ludwigstraße, eines linken Zentrums in Halle, gehalten werden sollte, vom Zentralkomitee des Vereins nach anfänglicher Zusage vier Tage vorher verboten wurde (Motto: Was interessiert uns unser dummes Geschwätz von letzter Woche) und schließlich in gekürzter Form bei einem öffentlichen Treffen der AG Antifa vor etwa 60 Zuhörern vorgetragen werden konnte.

„Der Krieg wird nicht unnötig
Wenn er nicht geführt wird
Sondern nur, wenn er unnötig ist
Braucht er nicht geführt zu werden“
(Bertolt Brecht)

Der Hintergrund der heutigen Veranstaltung dürfte allen bekannt sein. Darum nur ein paar Stichworte: Die größte hallische Antifa-Gruppe – die sich unverständlicherweise immer noch „Jugendantifa“ nennt, obwohl ein Großteil ihrer Mitglieder längst älter ist, als es die Stammtischantifaschisten aus der Ludwigstraße oder dem „GiG“ waren, als sie sich in Richtung Theke, „schöner Wohnen für Ex-Autonome“ oder „Leben im Einklang mit der Natur“ zurückzogen – wollte aus Anlass des 8. Mai eine Party in der Ludwigstraße veranstalten. Das Zentralkomitee der Ludwigstraße, das seine Räumlichkeiten sonst jedem Idioten überlässt, wollte die Veranstaltung allerdings nicht in seinen heiligen Hallen stattfinden lassen und verbot das Ganze. Nun lässt sich zwar bestens darüber streiten, ob der 8. Mai tatsächlich als Anlass für eine große Party mit Cocktail-Lounge, Spanferkel und Billigbier taugt. So stehen die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunden in Reims am 7. und in Berlin-Karlshorst am 8. Mai 1945 ganz ohne Zweifel für einen Sieg der Menschheit über die Barbarei, weshalb die Menschen in Paris, Prag, Amsterdam, New York usw. an diesem Tag aus gutem Grund auch spontan auf die Straßen gingen und feierten. (Nur die Deutschen wollten sich nicht so richtig freuen und trauerten stattdessen lieber um Hitler, die Dresdner Frauenkirche oder die schöne, aber leider verlorene Heimat Schlesien.) Allerdings ist die Zeit, in der spontan Kriegsende gefeiert werden konnte, seit genau 65 Jahren vorbei. Soll heißen: Es ist inzwischen bestens bekannt, was die Menschen in Paris, Prag, Amsterdam, New York usw. auch schon 1945 verdrängen mussten, um überhaupt feiern zu können – und was sie in der Freude des Augenblicks wohl auch verdrängen konnten: (1.) was den Kampf gegen die Deutschen erst nötig gemacht hatte und (2.) wie hart dieser Sieg erkämpft werden musste. Einige Stichworte: drei Millionen Vermisste, 35 Millionen Verwundete, 55 Millionen Tote – davon 20 Millionen Sowjetbürger (rund zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung), sechs Millionen Polen (rund 17 Prozent der Gesamtbevölkerung), eine knappe Million Franzosen, sechs Millionen Juden aus fast allen europäischen Ländern usw. Wieland Herzfelde, der Gründer des „Malik-Verlages“ und Bruder John Heartfields, des Erfinders der Fotomontage, berichtet in seiner Autobiografie von einem Zusammentreffen von Emigranten und Widerstandskämpfern aus den späten 1940er Jahren, bei dem, anders als es der „Jugendantifa Halle“ wohl für ihre Party vorschwebte, keine richtige Stimmung aufkommen wollte: Eine jüdische Genossin, die einige Zeit zuvor aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland zurückgekommen war, sollte eine Festrede halten: „Sie erhob sich, unsicher, scheu. Sekundenlang sah sie ratlos auf nichts, dann öffneten sich langsam ihre Lippen. [...] Ihre Stimme begann dunkel zu werden. ‚Verzeiht mir, Genossen, vielleicht könnt ihr mir ...‘ [...] wie ein schwacher, letzter Schrei kam es aus ihrer Brust, während Tränen sich in ihren Augen stauten: ‚Sie haben alle ermordet. Den Vater. Die Mutter. Die Freunde. Die Schwester!‘ Da sank sie vornüber. Zwischen den Blumen auf der Festtafel, vor den hilflos zuckenden Schultern, lag, verhüllt vom braunen Haar, ihr Kopf auf dem weißen Tischtuch.“ In dieser kurzen Passage verdichtet sich die Problemstellung des 8. Mai 1945 fast parabelhaft: Denn so sehr gegen die letzten drei Nationalkonservativen hierzulande betont werden muss, dass die Befreiung vom Nationalsozialismus ein Segen für die Menschheit war, so sehr ist doch zu bezweifeln, dass es richtig ist, auf 55 Millionen Gräbern zu tanzen.

Um solche – durchaus notwendigen – Diskussionen unter Gleichgesinnten ging es dem Plenum der Ludwigstraße bei seinem Verbot allerdings nicht. Das Zentralkomitee des Hauses störte sich nicht an Fragen der Pietät, sondern an den Fahnen der Alliierten, die im letzten Jahr bei der 8.-Mai-Party der Jugendantifa gezeigt wor-

den waren, und einer vermeintlichen Verherrlichung des Militärs. Es entdeckte ausgerechnet vor dem Hintergrund des 8. Mai seinen Pazifismus, seinen Antimilitarismus und seine Liebe zur nationalfahnenbefreiten Zone.

„Nie wieder Krieg!"

Während des Zweiten Golfkrieges 1991, des großen traumatischen Erlebnisses der deutschen Traditionslinken, erklärten Arno Klönne und Klaus Vack, zwei der bedeutendsten deutschen Friedensgurus, dass die Parole „Nie wieder Krieg!", der Schlachtruf aller deutschen Pazifisten, auf den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges basiere: „Das Erleben und Überleben hat uns dazu gebracht, ‚Nie wieder Krieg' zur Linie politischen Handelns zu machen." Mit dieser Aussage hatten Klönne und Vack gleichzeitig Recht und Unrecht: Sie hatten Recht, weil die Formel „Nie wieder Krieg!" tatsächlich für eine der zentralen „Linien des politischen Handelns" der deutschen Linken nach 1945 steht. Und sie hatten Unrecht, weil diese Parole selbst nicht so sehr auf den Zweiten Weltkrieg verweist. Mit ihr wird vielmehr die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg simuliert. Denn anders als es gerade von Linken immer wieder behauptet wird, stammt die Formel „Nie wieder Krieg!" nicht aus dem Schwur von Buchenwald. (Dort taucht sie nicht einmal auf.) Sie wurde stattdessen schon 1920 vom „Friedensbund der Kriegsteilnehmer", einer der ersten größeren pazifistischen Organisationen in Deutschland, die kurz zuvor von Karl Vetter, Kurt Tucholsky, Otto Lehmann-Rußbüldt usw. gegründet worden war, ausgegeben. So erinnert der Erste Weltkrieg im Unterschied zum Zweiten Weltkrieg tatsächlich an ein wechselseitiges Blutbad weitgehend – und hierauf liegt die Betonung – austauschbarer Maschinerien; die Blutpumpe von Verdun oder das Gemetzel an der Somme stehen für ein sinnloses Massenschlachten, dessen Ende weitgehend unabhängig vom gerade aktuellen Frontverlauf zu wünschen gewesen wäre. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung des sinnlosen Sterbens im Trommelfeuer, im Schützengraben und im Drahtverhau schrieb Tucholsky 1931 seine berühmte Formel „Soldaten sind Mörder": „Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder."

The Times are changing

Im Unterschied zum Ersten Weltkrieg war der Zweite Weltkrieg allerdings kein sinnloses, wechselseitiges Massenschlachten weitgehend austauschbarer bewaffneter Haufen. Durch Auschwitz wurden die Welt und die Begriffe, in denen sie gedacht werden muss, entscheidend verändert. Mit Auschwitz war nicht nur gezeigt worden, dass es Schlimmeres als Krieg geben kann. Angesichts von Auschwitz und angesichts der Soldaten, die das Lager Ende Januar 1945 befreiten, erwiesen sich Armee und Krieg, wie Wolfgang Pohrt einmal bemerkte, als die wahren „Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit". „Wenn jemals ein Krieg gerechtfertigt war", so auch Dan Diner, „dann der Krieg gegen Hitler. [...] Welche andere Möglichkeit des Einwirkens bestand einem wild entschlossenen Diktator gegenüber als die Androhung von Gewalt?" Die Lager wurden nicht von friedfertigen Pazifisten, Baum-Umarmern und Pace-Taschen-Trägern, sondern von den Hassfiguren der Antimilitaristen und Pazifisten befreit: von Soldaten. Mit anderen Worten: Wenn Kurt Tucholsky vor dem Hintergrund der Erfahrung des Ersten Weltkrieges jeden Soldaten, unabhängig von seinen konkreten Taten, qua Beruf als Mörder bezeichnet, wäre es vor dem Hintergrund von Auschwitz nur richtig, diese Parole gegen diejenigen zu wenden, die nicht nur daran gescheitert sind, den Deutschen Einhalt zu gebieten und Auschwitz zu befreien, sondern es nicht einmal versuchten: gegen die Appeasement-Politiker, die, in den Worten Winston Churchills, „die Schande" (der Zusammenarbeit mit Hitler, der Auslieferung der Tschechoslowakei an die Nazis usw.) auf sich genommen haben, „um den Frieden zu retten"; die deutschen Pazifisten, die sich zu blöde anstellten, auch nur einen Nazi zu entwaffnen; oder die Linken, die gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg trommelten, weil die Roosevelt-Regierung nur „eigene imperialistische Interessen" verfolgen würde oder Kriege „immer schlecht" seien. Genau darauf zielt Heiner Geißlers so oft skandalisierter Ausspruch von 1983 – eine Reaktion auf Joschka Fischers Gleichsetzung von Auschwitz und Nato-Doppelbeschluss –, der deutlich zeigt, dass ein nonkonformistischer Konservativer gelegentlich schlauer als ein konformistischer Linker ist: „Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis nehmen müssen, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht."

Zumindest ein Teil der Pazifisten und Antimilitaristen der 1920er und frühen 1930er Jahre erwies sich allerdings ebenfalls als schlauer und weniger erfahrungsresistent als die konformistische Linke von heute. Nach dem Reichstagsbrand, der Errichtung der ersten Konzentrationslager und der Verabschiedung des „Gesetzes zum Schutz von Volk und Staat" setzten die damaligen Pazifisten und Antimilitaristen ihre Hoffnung zunächst fast strömungsübergreifend auf einen Aufstand der Deutschen gegen die Nazis: nach Möglichkeit gewaltfrei, mit Blumen im Haar und mit Wandergitarre. Als die Sitzblockaden und das massenhafte Anketten vor dem Lagertor von Buchenwald ausblieben, wanderte ein Teil der Pazifisten und Antimilitaristen, ebenso wie unzählige andere Nazigegner, die Deutschland nach 1933 verlassen mussten, in ein, wie Walter Loeb und Curt Geyer 1942 erklärten, „German Wonderland" aus. Soll heißen: Während der alliierte Krieg gegen die geliebte Heimat auch weiterhin als Teufelszeug galt, wurde der deutsche Widerstand in die Phantasie verlagert: Kommunisten und Sozialdemokraten sprachen von antifaschistischen deutschen Untergrundarmeen, der „oppositionellen SA" oder, wie vor einiger Zeit auch noch einmal die DKP Halle auf einem ihrer grandiosen Aufkleber, dem „Klassencharakter des Nationalsozialismus" – ergo: der heldenhaften deutschen Arbeiterklasse, die die Nazis so tief im Untergrund bekämpft hat, dass es niemand bemerkt hat.

Andere bekannte Pazifisten der 1920er Jahre erkannten im Unterschied dazu allerdings schon angesichts der Appeasement-Politik der Jahre 1937 ff., als der Westen die Tschechoslowakei den Nazis preisgab, dass Krieg die Menschheit manchmal vor Schlimmerem bewahren kann. Ganz in diesem Sinn engagierten sich Freunde Tucholskys wie Otto Lehmann-Rußbüldt, der 1920 zu den Mitbegründern des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer" gehört hatte, bald, nachdem die Westmächte ihren Fehler erkannt hatten, an der Seite der alliierten Armeen gegen Nazideutschland. Lehmann-Rußbüldt arbeitete im Umfeld der „Fight-for-Freedom"-Gruppe, eines Zusammenschlusses früherer Sozialdemokraten und Sozialisten, die im britischen Exil auf Distanz zu den emigrierten Deutschlandfreunden der SPD, der SAP oder der Gruppe „Neu Beginnen" gegangen waren. Tucholsky selbst konnte eine solche Kehrtwende nicht mehr vollziehen; er hatte sich schon 1935, u.a. aus Verzweiflung über die Machtübernahme der Nazis und den damit verbundenen Autismus der Linken, das Leben genommen: „Man hat eine Niederlage erlitten", so erklärte er kurz vor seinem Selbstmord. „Man ist so verprügelt worden, wie seit langer Zeit keine Partei. Nun muss, auf die lächerliche Gefahr hin, dass das ausgebeutet wird, eine Selbstkritik vorgenommen werden, gegen die Schwefellauge Seifenwasser ist."

Auch die Überlebenden von Buchenwald, denen aufgrund ihres Lebens im Vorhof der Hölle jede Dummheit zu verzeihen wäre, hatten mehr historische Urteilskraft als das Zentralkomitee der Ludwigstraße 65 Jahre später. Im Schwur von Buchenwald, auf den sich jeder linke Trottel, vom Pazifisten bis zu den Freunden des „bewaffneten Kampfes" beruft, ohne ihn zu kennen, heißt es wortwörtlich: „Wir danken den verbündeten Armeen der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben erkämpfen. Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Ländern, eines Organisatoren und Initiatoren des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt. F.D. Roosevelt. Ehre seinem Angedenken." (Roosevelt war wenige Tage zuvor gestorben.)

Die linke Volkssturm-Perspektive

Denjenigen, die den Schwur von Buchenwald im April 1945 nachsprachen, war mit

anderen Worten durchaus bewusst, was sich viele Linke auch heute noch zu begreifen weigern: Gerade der Krieg, vor dessen Hintergrund die deutsche Linke die Losung „Nie wieder Krieg“ im großen Rahmen für sich entdeckte, wurde von alliierter Seite mit dem größten Recht der Geschichte geführt. Es waren ausgerechnet die Deutschen: die Omas und Opas all der Sveddys, Eddys und Freddys, die den Pazifismus jetzt am linken Stammtisch für sich entdecken, die diesen Pazifismus ein für allemal diskreditierten.

Nett formuliert, steht die Parole „Nie wieder Krieg!“ für einen Blick auf den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg, der weder die Besonderheiten des Nationalsozialismus noch des Zweiten Weltkrieges wahrzunehmen imstande ist. Auch hier nur ein paar Stichworte: der Vernichtungskrieg der Wehrmacht, das „Bündnis von Mob und Elite“, die Begeisterung bei der Frage „Wollt Ihr den totalen Krieg?“ und nicht zu vergessen: Auschwitz, Treblinka, Chelmno, Sobibor und Majdanek. Mit weniger Rücksicht auf den linken Stammtisch, den WG-Konsens oder das Familienerbe ist allerdings auch eine andere Formulierung möglich. Auch das verdeutlichen die beiden Friedensbewegungs-Häuptlinge Arno Klönne und Klaus Vack. So heißt es in ihrem bereits zitierten Text von 1991 vollständig: „Menschen aus unserer Generation – und wir unter ihnen –, die in den fünfziger Jahren die Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland in Gang brachten, die später die Kampagne gegen die atomare Rüstung und dann die ersten Ostermärsche organisierten, frönen keinem abstrakten, sondern sind geleitet von einem auf Erfahrungen gegründeten politischen Pazifismus. Wirksam wurde für uns die Erfahrung des Krieges. Das Erleben und Überleben hat uns dazu gebracht, ‚Nie wieder Krieg‘ zur Linie politischen Handelns zu machen. Wir hatten begriffen, wie menschenverachtend so genannte Ideale sein können. Wir trauten keiner Politik mehr über den Weg, die um irgendwelcher ‚Ordnungsvorstellungen‘ willen das Leben von Massen von Menschen riskiert.“ Hier beklagen sich mit anderen Worten zwei Hitlerjungen darüber, dass ihre hehren Ziele und Ideale von den Nazis missbraucht worden seien: „Wir hatten begriffen, wie menschenverachtend so genannte Ideale sein können.“ Um zu begreifen, dass es „menschenverachtend“ ist, von „Deutschland über alles“, von slawischen oder jüdischen Untermenschen zu sprechen, muss erst die halbe Welt, oder genauer: Deutschland in Schutt und Asche gelegt werden. Denn tatsächlich empören sich die beiden Friedensfreunde weniger über die Politik der verbrannten Erde in der Sowjetunion, in Polen oder der Tschechoslowakei. Klönne und Vack beschweren sich vielmehr stellvertretend für diejenigen, die durch ihren Dienst in der Wehrmacht oder an der Heimatfront dazu beitrugen, dass Europa in ein Schlachthaus verwandelt und hinter dem Rücken der Front Auschwitz betrieben werden konnte, darüber, dass Hitler den deutschen Soldaten weder ein väterlich-besorgter Freund noch ein guter Stratege war: dass er also nicht daran dachte, dass der Krieg irgendwann einmal nach Deutschland, in den Luftschutzbunker Klönnes und Vacks, zurückkommen könnte. So geht es den beiden Friedensbewegungs-Häuptlingen ganz augenscheinlich nicht um das Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus; ihnen geht es stattdessen um das Leid der Deutschen: „Wir trauten keiner Politik mehr über den Weg, die um irgendwelcher ‚Ordnungsvorstellungen‘ willen das Leben von Massen von Menschen riskiert.“ Abgesehen davon, dass Klönne und Vack merkwürdigerweise keine Probleme damit zu haben scheinen, wenn Menschenleben für etwas anderes als für „Ordnungsvorstellungen“ riskiert werden – wahrscheinlich für den Frieden –, wurde von Hitler allenfalls das Leben der deutschen Soldaten, um das es den beiden Friedensmarschierern zu gehen scheint, „riskiert“. Das Leben der Angehörigen der so genannten Feindvölker wurde nicht bloß „riskiert“, sondern entweder als Konkursmasse betrachtet oder gleich ganz zur Vernichtung freigeben.

In der Parole „Nie wieder Krieg!“ verlängert sich mit anderen Worten weniger die Perspektive der Opfer oder Gegner des Nationalsozialismus. (Auch wenn diese Gegner und Opfer des Nationalsozialismus nach 1945 gelegentlich in diese Parole einstimmten – Auschwitz oder Buchenwald waren bekanntlich keine Einrichtungen zur Steigerung der Erkenntnisfähigkeit, sondern Konzentrationslager –, hatten sie dem Krieg der Alliierten im Unterschied der Mehrheit der Deutschen doch einiges zu verdanken.) In dieser Formel verlängert sich vielmehr der Blick derjenigen, die so lange nichts gegen den Krieg und den Nationalsozialismus einzuwenden hatten, bis Dresden, Hamburg, Magdeburg, die eigene Gartensparte oder das BDM-Heim von nebenan bombardiert wurde; in ihr verlängert sich der Blick von Hitlerjungen oder Flakhelfern wie Arno Klönne und Klaus Vack, SS-Leuten wie Günter Grass oder Wehrmachtssoldaten wie dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, der über seine Zeit bei der HJ zu sagen pflegte: „Was wir gemacht haben, war Rudern und Segeln, und das war ne schicke Sache.“

„Opa war in Ordnung“

Diese Tradition schien in jeder größeren Kampagne der deutschen Friedensbewegung seit 1945 auf: der „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung in den 1950er Jahren, der Bewegung gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen in den 1980er Jahren, den Protesten gegen den Irakkrieg 2003 oder den Ostermärschen, die in diesem Jahr mit viel Tamtam zum 50. Mal durchgeführt wurden. Wenn Body-Index-Maß-Götter wie Michael Schäfer, der im sachsen-anhaltischen Wernigerode beheimatete Vorsitzende des NPD-Nachwuchsvereins, in diesem Jahr erklärt, dass sich sein Verein mit der Parole „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ in der Tradition der Ostermärsche sieht, dann ist das zwar ein weiterer Beweis für das, wie Manfred Beier vor einiger Zeit in der Bonjour Tristesse erklärte, erbärmliche Niveau des vielbeschworenen „intellektuellen Rechtsextremismus“. Ganz einfach: Schäfer und Co. scheinen vollkommen unfähig zu sein, irgendetwas auch nur halbwegs Kreatives – oder zumindest, es muss nicht immer kreativ sein, Eigenständiges – auf die Beine zu stellen. Vom Dresscode über die diversen rechten „Slime“-Kopien bis hin zum Aktionstheater ist alles nur eine Ramschkopie dessen, was auch bei der Linken schon nicht besonders originell war. Aber nichtsdestoweniger gibt es gute Gründe dafür, dass sich Schäfer et al. ausgerechnet von der deutschen Friedensbewegung und den Ostermärschen angezogen fühlen: von der Feindbestimmung, die immer in Richtung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ging, über die Vorstellung, dass die Deutschen die großen und unschuldigen Opfer der Weltpolitik seien, bis hin zur Entstehung als Therapiekreis frustrierter Kriegverlierer, die keine großen Probleme mit dem Krieg hatten, als sie Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei mit ihren Wehrmachtseinheiten überrannten.

Diese Traditionslinien, die für Nazis ohne größere Probleme anschlussfähig sind, finden in der aktuellen Entscheidung des Zentralkomitees der Ludwigstraße eine Verlängerung. Wenn Leute, die noch nie etwas an jamaikanischen, kubanischen oder, in der Ludwigstraße lange Zeit sehr beliebt, kurdischen Flaggen auszusetzen hatten, vor dem Hintergrund des 8. Mai plötzlich ihre Abneigung gegen Nationalfahnen entdecken; wenn Leute, die ihr halbes Leben mit schwarzgefärbten Armeehosen, Ranger- oder BW-Boots und ausgemusterten Bundeswehr-Rucksäcken ausgerüstet waren, vor dem Hintergrund des 8. Mai ihren Antimilitarismus entdecken; und wenn Leute, die immer wieder sehnsüchtig von den 1980er Jahren sprechen, als in der Linken noch alles in Ordnung war – und die Linke u.a. „Waffen für El Salvador“ sammelte –, vor dem Hintergrund des 8. Mai plötzlich ihre Liebe zum Frieden entdecken, dann ist keine besondere Böswilligkeit nötig, um zu vermuten: (1.) Sie haben nichts gegen Krieg als solchen, sondern vor allem etwas gegen den Krieg, der 1939 bis 1945 gegen Deutschland geführt wurde. (2.) Sie haben weniger etwas gegen Armeen, Waffen und Uniformen, sondern eher etwas gegen die Armeen, Waffen und Uniformen der Staaten, die Deutschland 1945 besiegt haben. (3.) Ihnen geht es weniger um Nationalfahnen im Allgemeinen, sondern um die Nationalfah-

Anzeige

Red Bull®
ENERGY DRINK

nen, die beim Potsdamer Abkommen auf dem Tisch standen: die Fahnen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs. (Wobei ausgerechnet die Fahne der Sowjetunion stets für die geringste Empörung sorgt: die Fahne des Staates also, der seine Soldaten am viehischsten von all diesen vier Ländern behandelte, auf dessen Konto Millionen Tote gehen und gegen dessen Säuberungsaktionen sich selbst der bestialische Krieg der Vereinigten Staaten in Vietnam – ein Krieg im Übrigen, gegen den zu demonstrieren vollkommen richtig war – wie eine etwas derb geratene Wirtshausschlägerei ausnimmt.) Die Sveddys, Eddys und Freddys der diversen linken Hausprojekte scheinen es den Alliierten des Zweiten Weltkrieges noch immer nicht verziehen zu haben, dass sie Opa Sveddy, Eddy und Freddy nicht genügend Zeit ließen, sich eventuell doch noch für den – natürlich gewaltfreien – Aufstand gegen Hitler zu entschließen: nach der Ermordung der letzten Juden, der Einnahme der britischen Inseln durch die Wehrmacht oder dem Fall Moskaus. Wenn deutsche Linke ausgerechnet angesichts des 8. Mai ihre Liebe zu Pazifismus und Antimilitarismus entdecken, dann fallen sie mit anderen Worten nicht nur hinter die Erkenntnisse der Pazifisten der 1930er und frühen 1940er Jahre zurück. Sie solidarisieren sich vielmehr, bewusst oder unbewusst, nachträglich mit denen, deren Wüten nur mit militärischen Mitteln aufgehalten werden konnte. Wenn sich das Zentralkomitee der Ludwigstraße fast zum selben Zeitpunkt, zu dem es der „Jugendantifa Halle“ verbietet, ihre 8.-Mai-Party in seinen Räumlichkeiten zu veranstalten, einer Gruppe von Zen-Buddhisten gestattet, im Haus ihren Gebetsraum einzurichten (kein Witz!), dann gibt es damit offen zu, was immer zu vermuten war, aber selbst seine ärgsten Kritiker nie so explizit formuliert hätten: Es verbindet mehr mit den „Zen-fascists“ (Jello Biafra) vom heiligen Feigenbaum als mit dem antifaschistischen Kampf der Alliierten des Zweiten Weltkrieges.

Erkenntnis versus Konformismus

Wer die Entwicklungen im alternativen Bermuda-Dreieck zwischen Reilstraße, „GiG“ und Ludwigstraße in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, müsste angesichts der merkwürdigen Abneigung gegen die Fahnen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ein Dèjá-vu-Erlebnis haben. So wurden die Diskussionen um den Charakter des Zweiten Weltkrieges, die Nationalfahnen der Alliierten und den 8. Mai selbst in Halle, wo bundesweite Debatten immer um einige Dezennien zu spät ankommen, schon vor knapp zehn Jahren geführt. Das Merkwürdige ist: Es waren in der aktuellen Diskussion, Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel, scheinbar weniger jüngere Leute, die sich für das Verbot der Fahnen der Alliierten, gegen symbolische Danksagungen an die Alliierten und die 8.-Mai-Party aussprachen. (Immerhin scheinen jüngere Linke in ihrer individuellen politischen Entwicklung sonst oftmals in Zeitrafferform den Erkenntnisprozess nachholen zu müssen, den der vernünftigere Teil der Linken im Verlauf seiner langen Geschichte durchgemacht hat.) Es waren in erster Linie diejenigen, die offensichtlich schon zu alt und zu verbohrt sind, um noch erkenntnisfähig zu sein – und die sich schon in den Diskussionen vor zehn Jahren als die Kinder ihrer Eltern erwiesen haben. Diese merkwürdige Konstellation lässt die Vermutung aufkommen: Dass die entsprechenden Auseinandersetzungen so lange nicht öffentlich geführt wurden, dass in Sachen „Fahnenstreit“, wie das Ganze gern genannt wird, als würde es tatsächlich um eine Fahne oder um ästhetische Dinge gehen, so lange Ruhe herrschte, basierte weniger auf einem Sieg der Erkenntnis, sondern auf dem Gegenteil: einem Sieg des Konformismus. Es basierte nicht auf einer Kapitulation vor der Vernunft, sondern auf einer Kapitulation vor den innerlinken Kräfteverhältnissen, die nun wohl in einer Mischung aus Altersstarrsinn und Größenwahn wieder infrage gestellt werden sollen. Und so lange das so ist, solange nicht die Vernunft, sondern nur der Konformismus siegt, der aufs Engste mit dem Autoritarismus verbandelt ist (Stichwort: Verbot, Zensur usw.), so lange sich also Leute durch eine Feier aus Anlass des 8. Mai, alliierte Fahnen oder die Kritik des Pazifismus provoziert fühlen, so lange ist es möglicherweise doch richtig, eine solche Party zu veranstalten. Allerdings wohl eher nicht im Vorraum eines Zen-Buddhismus-Tempels oder in der verlängerten Wohnküche von Leuten, die die Reflexion zugunsten von Reflexen ausgeschaltet haben.

AG Antifa

„Eine Perle Sachsen-Anhalts“

Das Ergebnis einer im Januar diesen Jahres stattgefundenen Demonstration im sachsen-anhaltischen Köthen, an der nicht einmal 35 Personen teilnahmen, war eindeutig: Die Stadt befand sich in Aufruhr. In diversen Zeitungsartikeln wurde berichtet, im örtlichen Stadtrat eine Art „aktuelle Stunde“ abgehalten, und nahezu sämtliche Parteien sahen sich gezwungen, in der Öffentlichkeit Stellung zu den „Vorkommnissen“ zu beziehen. Auch die Bürger Köthens zeigten sich erwartungsgemäß wenig erfreut über die durchweg unkonstruktive Kritik. Bonjour Tristesse alias Ernst Schmied hat sich am Nachspiel mit verteilten Rollen als empörter bzw. besorgter Bürger telefonisch und schriftlich beteiligt und stellt die Ergebnisse selbstverständlich gern zur Verfügung.

Schönen guten Tag, mein Name ist Schmied. Bin ich da beim Bürgerbüro der PDS?

Ähm, Marina Hinze, ja. Aber das ist nicht das Bürgerbüro, aber Sie können mir trotzdem sagen, um was es geht.

Sie sind doch auch von der PDS.

Ja.

Ich hab mal eine Frage, mich regt das so auf, ich habe das in der Zeitung gelesen mit dieser Demonstration gegen Köthen ...

Hmm ...

Diese Jugendlichen, diese Brüder [in Sachsen-Anhalt umgangsprachlich für „Schweinehunde“ o.ä., die Red.], die sind doch von Euch!

Nee! Sind sie nicht. Sind die nicht.

Sind die nicht?

Wir wissen nicht, wer das ist. Und wir kennen die Leute auch nicht.

Ach, ich dachte ...

(unterbricht) Von uns hat auch jemand einen Leserbrief dazu geschrieben. Dass wir damit nichts zu tun haben.

Aha, das tut auch Not. Wissen Sie, weil ich ...

(unterbricht) Im Stadtrat hat sich ein Vertreter von uns dazu geäußert und hat gesagt: Also wir sind das nicht.

Ach ...

Wir kennen die Leute auch gar nicht.

Da bin ich aber froh. Aber was sind denn das für welche?

Das wissen wir nicht.

Wissen Sie, ich wähle Sie seit bestimmt 1994, und ich habe mich so geärgert! Was die gesagt haben!

Nee, da können Sie beruhigt sein, mit uns hat das wirklich nichts zu tun. Weil wir das auch unverschämt und völlig daneben finden.

Aber wie kommen die denn dazu?

Keine Ahnung, keine Ahnung. Von uns hat jetzt jemand einen Leserbrief geschrieben und hat gesagt: Das hat mit den Linken ja nun wirklich nichts zu tun. Was die da von sich geben! Schimpf und Schande über die Stadt und ihre Bürger auskippen. Ich meine, es ist natürlich ... sicherlich sind es Sachen, die verbesserungswürdig sind und die auch kritisiert werden müssen. Aber in der Art und Weise ... so geht es nicht.

Die schmeißen uns in den Dreck!

Ja.

Sind das überhaupt welche aus Köthen?

Ich kann es nur sagen, ich kenne die nicht.

Wissen Sie, was ich glaube? Ich glaube, die kommen alle von außerhalb und wollen nur Dreckkübel über uns kippen.

Ja, das ist denkbar. Wir haben uns das Flugblatt mal angeguckt, da hatten wir den Eindruck, dass das nicht von einem Köthener stammt.

Ja, ich hab die gesehen, die Brüder! Und die haben ja auch dort was verteilt, so Flugblätter, und da steht ja drin, dass der „KuKaKö“ [der Köthener Karnevalsverein, die Red.] ein Alkoholikerstammtisch ist.

Das ist ja unter der Gürtellinie!

Das muss man sich mal vorstellen!

Hmm, hmm, nein, also da brauchen Sie keine Angst zu haben, das hat mit uns nichts zu tun. Wir würden so was in der Art und Weise auch nicht befürworten.

Und, können wir da nichts machen? Irgendwie.
Da kann man nichts machen, man kann doch den Leuten den Mund nicht verbieten.
Naja, aber ich meine ...
Die müssen nur sehen, dass sie keine Resonanz finden.
Na viele waren es ja nicht!
Nee, anscheinend nicht, ich hab es auch nur gehört.
Naja, die Rechten sind auch nicht besser.
Nee, auf keinen Fall. Aber so geht es auch nicht. Da sind wir einer Meinung.
Ja, da bin ich ja froh, ich hab mich so geärgert. Ich hab jetzt im Internet extra nach Ihrer Nummer gesucht, dass ich hier im Bürgerbüro mal nachfrage. Weil mir das nicht mehr aus dem Kopf gegangen ist.
Hmm, hmm, hmm, das glaube ich Ihnen. Hmm.
Also das ist jetzt schon so lange her, aber ich kann mich gar nicht mehr beruhigen!
Ja, das glaube ich.
Dass die einfach hierher kommen und glauben, dass die alles Mögliche sagen können über uns Bürger.
Hmm, hmm, hmm.
Wir bauen das hier auf mit unseren Steuergeldern und so ...
Ja, ja ...
Aber können sie da von ihrer Partei nicht machen, dass man das das nächste Mal verbietet oder so? Das kann doch nicht sein ...
Verbieten kann man das nicht.
Da kann doch nicht jeder machen was er will!
Ja, wir haben hier aber Meinungsfreiheit. Da können eben auch Leute, die uns und anderen nicht genehm sind, ihre Meinung äußern. Auch wenn sie mächtig daneben ist.
Das ist der Mist!
Hmm.
Da wünsche ich mir manchmal wieder die DDR.
Hmm, hmm, hmm.
Wissen Sie was, na ja, bin ich ja wenigstens froh, dass die nicht von Ihnen sind.

» „Das hab ich auch schon öfter gehört“

Die Köthen-Information, guten Tag.
Ja, schönen guten Tag. Mein Name ist Schmied. Ich hab mal eine Frage, haben Sie einen Moment Zeit?
Ja, natürlich.
Also ich bin mit meiner Familie so kulturell interessiert. Und wir haben überlegt, eine bestimmte Zeit Köthen zu besuchen. Für ein paar Tage. Nun habe ich mich kundig gemacht in den letzten Wochen und habe aber Dinge über Köthen gefunden, die mir die Entscheidung nicht so leicht machen.
Ja.
Und zwar rede ich von dieser Demonstration von diesen jungen Leuten im Januar.
Hmm.
Und zwar ist da sehr viel, ich will es mal so formulieren, Schmutz über Köthen ausgekippt worden, und die haben dazu aufgerufen wohl auch Köthen zu verlassen. Und haben dem Herrn Johann Sebastian Bach untergeschoben, dass es seine schlimmsten Jahre gewesen sein sollen.
Nein! Also das auf keinen Fall. Es gibt Bücher, wo das wirklich belegt wird, dass er die schönsten Jahre in Köthen verbracht hat. Das hab ich auch schon öfter gehört. Das ist auch bewiesen.
Aha, wo kann man das nachlesen? Ich würde mich da gerne noch mehr informieren wollen. Weil ich jetzt einfach ein wenig durcheinander bin, ähm, was sozusagen die Außenwirkung der Stadt mit dem Wahrheitsgehalt zu tun hat.
Ähm, ich denk mal einfach, irgendwo befindet sich das hier, na ja, ich hab Ihnen das glaube ich vorhin schon mal gesagt, ich kann Ihnen auch gern Infomaterial zusenden generell über Köthen und die Umgebung, und da können Sie sich auch noch mal belesen. Also, wir haben wirklich eine schöne Stadt. Kann ich nur empfehlen, wir haben viele Sehenswürdigkeiten zu besichtigen, wir haben ganz viel neu restauriert. Und es ist wirklich eine schöne kleine gemütliche Stadt.
Und sagen sie mal, warum rufen denn diese Jugendlichen dazu auf, diese Stadt zu verlassen, was haben die denn? Was finden die denn?
Das kann ich Ihnen so nicht sagen. (lacht) Das tut mir leid, also ich kann ja nur für mich sprechen. Ich bin selber erst 18 und ich mach hier meine Ausbildung, mir gefällt es sehr gut in Köthen. Aber ich denke, dass man sich nicht von solchen Jugendlichen davon beeinflussen lassen sollte, oder? Also ich finde, jeder sollte sich selbst ein Bild machen. Ich bin ja nun auch noch jünger und eigentlich in dem Alter, und ich finde das absolut nicht.
Ja, und Sie sind auch dort geboren?
Genau. Ich bin auch in Köthen geboren. (...)
In der Zeitung stand, es sei dort nachts gefährlich. Meine Tochter hat grüne Haare und es stand da, es gäbe viele Rechte. Meine Tochter ist Punkerin, wie würden Sie denn das einschätzen, ist das gefährlich, wenn wir dort abends spazieren gehen?
Ich hab jetzt keine bunten Haare, aber wenn ich abends irgendwo hingehe, dann hab ich da eigentlich nicht ... ich sag mal so, diese Aufrufe von den Jugendlichen, das ist ja immer nur ein spezieller Tag, wo die sich dann wirklich alle versammeln. Und dann ... naja, vielleicht so ... aber ich kann mir das nicht vorstellen.
Also wir hatten so Mitte Mai geplant, da wissen sie noch nicht, ob da so ein Tag ist, wo man besser nicht kommen sollte?
Nein.
Also ist nichts geplant. Wenn Sie was zuschicken könnten, wäre das sehr freundlich.

» „Ich glaube eher Rechte, oder?“

Sekretariat des Oberbürgermeisters, Rolle, guten Tag.
Schönen guten Tag, mein Name ist Schmied. Ich habe gerade ihre Nummer bekommen, vom Bürgerbüro der CDU. Und zwar wollte ich mich, ich sag' mal so, beschweren. Bin ich da bei Ihnen richtig?
Sie wollten jetzt nicht das Bürgerbüro der CDU, sondern Sie haben vom Bürgerbüro der CDU jetzt die Nummer bekommen?
Genau, die sagten, ich solle bei Ihnen mal anrufen. Und zwar folgendes:
Sagen Sie mal.
Der Dreck, der in den letzten Wochen über Köthen gekippt wurde. Das geht mir gegen den Strich. Diese linken Chaoten mit ihrer Demonstration haben das alles entfacht.
Sie meinen, was jetzt hier in unserer Zeitung steht?
Genau, ich habe diese Brüder auch gesehen. Sagen Sie mal, die sind doch von der Linkspartei, oder nicht?
Ja, ich weiß es nicht. Ich war nicht da. Also, ich glaube nicht, denk ich mir mal. (stammelt)
Aber es waren Linke, oder wie muss ich das verstehen?
Äh, ich glaube eher Rechte, oder?
Die haben so viel Müll ausgekippt über Köthen.
Das stimmt.
Und Unwahrheiten erzählt. Ich wollte mal den Bürgermeister fragen, ob man da nicht irgendwas dagegen tun kann. Da kann doch nicht jeder machen, was er will.
Das stimmt.
Haben sie das verfolgt, was da alles erzählt worden ist?
Naja, in der Zeitung jedenfalls.
Ja, die haben unser KuKaKö als Alkoholikerstammtisch ...
Ja, das haben wir gesehen.
Ich habe mich da früher mal engagiert. Ich hab mich da von denen im Streit getrennt ... Aber das ist einfach eine Lüge.
Ja, ja.
Nur weil man mal einen über den Durst trinkt, ist man noch lange kein Alkoholiker.
(Unverständlich) Aber etliche Leute springen drauf an. Das ist schon traurig.

Das ist traurig. Ein gepflegtes Bier in Ehren! Da wird auch getrunken. Aber das sind keine Alkoholiker.
(Unverständlich) Ist doch klar, dass man was trinkt, wenn man Karneval feiert.
Der Oberbürgermeister des Ortes war für Herrn Schmied leider nicht zu sprechen. Aber Hermann Hofacker, ein weiterer empörter Bürger, belästigte ihn solange per E-Mail, bis er sich genötigt sah, persönlich zu antworten. Wir dokumentieren hiermit sein Schreiben:
Lieber Herr Hofacker,
der Mailverkehr zwischen uns scheint unter keinem so ganz glücklichen Stern zu stehen. Selbstverständlich antworte ich Ihnen gerne, denn ich ärgere mich genau so wie Sie über diese Dinge, die im Netz über unsere Stadt verbreitet werden.

Nach intensiver rechtlicher Prüfung sind wir allerdings zu dem Schluss gekommen, dass rechtliche Schritte keine Aussicht auf Erfolg haben, und dies wäre aus meiner Sicht auch nur eine Aufwertung solcher „Spinner". Sicher gibt es mittlerweile eine Reihe von Diskussionsbeiträgen zu dem von Ihnen angesprochenen Beitrag. Wenn ich allerdings auf der anderen Seite sehe, wie positiv bundesweit derzeit über unser Projekt im Rahmen der Internationalen Bauausstellung berichtet wird, welch nationale Beachtung wir finden – gleiches gilt für die Entwicklungen um die Homöopathie und um Johann Sebastian Bach – so denke ich, sollten wir selbstbewusst genug sein, solchen Unfug an uns abprallen zu lassen. Denn diejenigen, die sich wirklich für unsere Stadt interessieren, wissen, dass Köthen sich zu einer der Perlen Sachsen-Anhalts entwickelt hat. Darauf sollten wir alle gemeinsam stolz sein und jeder das Seine tun, um unsere Stadt noch ein Stückchen lebenswerter zu machen.

Einige Worte auch noch zu Ihrer letzten Bemerkung, dass Sie nur zu gerne wissen würden, wer diese Leute sind. Ich habe mit einem der mutmaßlichen Verfasser das Gespräch gesucht und habe ihm auch meine Sicht der Dinge erläutert. Ob dies nachhaltige Wirkung hatte, kann ich nicht sagen. Aber ich denke, in einer Demokratie sollte man auch so einen Unfug aushalten können, insbesondere dann, wenn rechtlich keine Schritte dagegen möglich sind.

Viele Grüße
Kurt-Jürgen Zander
Oberbürgermeister

Ernst Schmied

Kann denn Arbeit böse sein?

Jedes Jahr wird in Halle ein kulturelles Themenjahr begangen. Veranstalter ist ein Zusammenschluss aus Museen, Theatern, Schulen sowie Verbänden. Das Themenjahr 2009/2010 „Arbeitswelten" ging im März nun zu Ende. Aus diesem Grund fasst Martin Dornis die Aktivitäten für die Bonjour Tristesse zusammen.

Arbeit ist seit alters her hierzulande Lieblingsthema und Bestimmungsmoment dessen, was deutsch ist. Deshalb kommt man, wenn es um dieses Thema geht, recht schnell aufs wohlige „Miteinander" anstatt aufs Geldverdienen. Wer keine Zeit oder Lust zum Malochen hat, dem wird schnell das Etikett des Undeutschen angeheftet: das des Sozialschmarotzers oder des Spekulanten.

In Halle widmete man sich 2009 im Rahmen des kulturellen Themenjahres der Problematik unter dem Titel „Arbeitswelten". Arbeit würde, wie die Organisatoren in einer umfangreichen Broschüre zu dem Themenjahr erklärten, in unserer Gesellschaft begrifflich zu eng gefasst. Endlich seien auch Ehrenamt und Fürsorge als solche anzuerkennen. Schließlich lehre „die Erfahrung, dass [...] nicht diejenigen, die das meiste Geld verdienen, die Erfolgreichsten ihres Berufs sind, sondern diejenigen, die sich" ihm „mit Leib und Seele [...] verschreiben".[1] Arbeit soll nicht lediglich als Mittel zum Lebenserhalt dienen. Man muss schon mit Haut und Haaren dabei sein und bereitwillig zur Selbstauflösung antreten.

Jeder Straßenfeger ein Michelangelo

Während der feierlichen Eröffnungsveranstaltung des kulturellen Themenjahres stellte Marianne Gronemeyer, Sozialwissenschaftlerin und ‚wie im Halle-Forum zu lesen war, renommierte Buchautorin, in einem Referat ihre Unterscheidung zwischen guter und böser Arbeit vor. Sie fürchtet, „dass wir uns in eine Lage gebracht" haben, „in der gute Arbeit auf die rote Liste der aussterbenden Arten geraten" ist. Es gibt „sie gewiss noch, die wirklich gute Arbeit", aber nicht für Geld. „Bezahlte Arbeit" sei „heutzutage ‚durch die Bank' verdorben".[2] Böse Arbeit ist durch Geld kontaminiert und bei guter veranstalten echte Menschen irgendwie ganz nette Dinge für konkret sich selbst oder ihre nicht minder authentischen Nachbarn.

Leider können die Supermärkte mit ihren ach so schrecklichen Massenprodukten alles sehr viel günstiger anbieten als jeder noch so konkrete Mitbürger. „Die einzige Antwort" darauf laute: „Eigenarbeit, das heißt, den Geldbedarf und die Geldabhängigkeit zu mindern durch eigenes Tun und durch die Schaffung unmittelbar nützlicher Gebrauchsgüter für den eigenen oder den nachbarschaftlichen Bedarf".[3] Der Schwerpunkt liegt auf dem Selbertun, dem Verausgaben eigener Mühe. Das unmittelbare Herstellen wird als Weg aus dem entfremdeten Massenkonsum vorgeschlagen.

Um das zu verwirklichen, müsse man „radikal umdenken". Die Bürger sollten sich „nicht" länger „als Konkurrenten ansehen". „Ansehen", wohlgemerkt, und darauf wird zurückzukommen sein. „Eigenarbeit" sei vielmehr „konvival", was hier bedeutet: Sie könne „nur miteinander oder gar nicht erbracht werden". Das empfohlene Gegenkonzept zum Warentausch gründet darauf, dass alle zusammen und gemeinschaftlich Hand anlegen. In der Warengesellschaft hingegen produzieren bekanntlich die Einzelnen als Vereinzelte und finden erst nachträglich im Tausch zu einem vermittelten Zusammenhang. Gegen diese vermittelte Form von Gesellschaft blasen die Hallenser Sturm, und propagieren das direkte, nicht über den Umweg des Tausches hergestellte, unmittelbar auf Mühe und Plackerei basierende Miteinander. Aber da es ihnen an umstürzlerischer Energie glücklicherweise bisher noch mangelt, beschränken sich die Arbeitswütigen erstmal auf ihr nächstes Umfeld bzw. auf die eigene Person. Durchaus folgerichtig ist innerhalb dieses Konzepts die Verteufelung eines Lebens in Luxus und der Appell, doch einfach zu vertrauen. Unsere auf Konsum und Versorgung ausgerichtete Gesellschaft habe die „Vertrauensfähigkeit" der Menschen untergraben und ihre „Bedürfnisse unersättlich gemacht". Fähigkeit zum Vertrauen erscheint hier als ein Wert an sich. Die alles entscheidende Frage, wer worauf bzw. auf wen vertraut, wird dabei gar nicht erst gestellt.[4]

Man hat an die Zukunft zu glauben, zu vertrauen und ansonsten den Rand zu halten. Als Belohnung darf man sich als Genie wähnen. So fordern die Herausgeber der Broschüre dazu auf, „die Straßen zu fegen [...] wie Michelangelo malte. So wird man einst über einen sagen können: [...] Er lebte als großer Straßenfeger und er hat seine Arbeit gut gemacht."[5] Wer also schon zu nichts wirklich taugt und wen eh keiner braucht, kann immerhin den Besen in die Hand nehmen, für lau die Straßen kehren und sich dabei für einen großen Künstler halten. Jemand schrubbt nämlich besser und gründlicher, wenn er dieser abgrundtief schmachvollen Tätigkeit auch noch die höhere Weihe verleiht. Wer schon so richtig nichtig und nutzlos ist, soll immerhin putzen wie ein Weltmeister. Der Mensch als verächtliches Wesen hat zu lernen, sich in seinem Elend auch noch würdevoll zu fühlen. Der Schein bestimmt das Bewusstsein.

Durch freiwillige Unterwerfung sollen die Probleme der Welt gemeistert werden, bzw. das, was die Veranstalter dafür halten. Sie proklamieren, dass „das Jahresthema 2009 [...] uns wieder mitten in die Problemstellung unseres gesellschaftlichen Miteinanders" bringe. „Anders vielleicht als bei manch vorhergehendem Thema lässt das Motto ‚Arbeitswelten' weniger Spielraum für philosophische Exkurse und kaum Möglichkeiten, sich einer eigenen Position durch die Flucht in die Abstraktion zu entziehen".[6] Das Direkte, der unmittelbare Bezug aufeinander, wird hier als vermeintliche Alternative empfohlen. Man mag das als harmlos, versponnen und ungefährlich einschätzen. Aber viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können bekanntlich das Gesicht der Welt verändern ...

Die revolutionäre Kraft der Entfremdung

Arbeit als unmittelbar Greifbares zu betrachten, hat Tradition. Im Kontrast dazu skizzierte Marx die Arbeit als selbstwidersprüchliche und in sich zerrissene Größe. Sie erweist sich kritischer Analyse als eine reale, im gesellschaftlichen Verhalten der Menschen gründende Abstraktion. Sie ist deshalb gerade nicht selbstverständlich, sondern durch und durch vermittelt und zwar gerade weil sie „mitten in der Problemstellung des gesellschaftlichen Miteinanders“ angesiedelt ist. Das gesellschaftliche Verhältnis erweist sich so aber gerade nicht als „unseres“, sondern als ein zwar von „uns“ erzeugtes, aber gleichwohl verselbständigtes, eigengesetzlich sich reproduzierendes. Arbeit ist unter kapitalistischen Bedingungen prinzipiell entfremdet.

Nun denken Linke (und andere Deutsche) beim Stichwort Entfremdung sofort an etwas durchaus Schlechtes, Verabscheuenswürdiges bzw. „durch die Bank verdorbenes“.[7] Bei Marx und Hegel ist Entfremdung allerdings ein notwendiger, zu begrüßender (wenngleich über sich hinauszutreibender) Zustand. Das Wort Entfremdung, das Feinden der Aufklärung das Blut in Wallung versetzt, umfasst das Heraustreten der Menschheit aus vormodernen direkten Unterwerfungsverhältnissen. Entfremdung ist der Aufbau der „durch und durch künstlichen Welt“[8], die Begründung der Zivilisation.

Durch Entfremdung sind die Menschen nicht mehr selbstverständlich mit dem Boden verwurzelt, und mit der Beschäftigung ihrer Ahnen verknüpft. Die Bande zur Vergangenheit sind zerschlagen, ein versachlichter Zusammenhang entstanden. Die Arbeiter produzieren für eine Gesellschaft, die sich ihnen gegenüber autonom verhält. Sie wirken in einer Produktion, die von einem automatischen und prozessierenden Subjekt, dem Kapital, also von einem gesellschaftlichen Verhältnis angetrieben wird (vgl. Marx, S. 169). Die kapitalistische Ökonomie produziert um ihrer selbst willen und verwandelt die Individuen dabei in ihre Anhängsel.

Dabei wird ihnen Glück, Autonomie und Freiheit vorgegaukelt. Wohlgemerkt: Nur vorgaukelt. Aber immerhin das. Unter Entfremdung ist ein Zustand zu verstehen, in dem die Menschen von abstrakten Prinzipien geleitet werden. Politisch vom allgemeinen Willen und damit von Gesetzen, die vom ethischen Gerechtigkeitsempfinden einzelner getrennt sind (was Deutschen und anderen konkreten Menschen ungerecht anmutet) und ökonomisch vom Wert: Produziert wird, wo es Profit einbringt, nicht um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen.

Entfremdete Verhältnisse sind die Bedingung für völlige Freiheit. Sie bereiten dem Zwang, Vieles selbst zu produzieren, nur für sich und seine Nächsten, ebenso das wohlverdiente Ende wie der Gebundenheit an die eigene Scholle. Die Entfremdung zerschlägt tatsächlich alles, womit uns heute die tief- und hintersinnigen Arbeitsweltler beglücken wollen. Damit ist sie eine großartige revolutionäre und destruktive Kraft.

Was uns die Veranstalter als Eigenarbeit auftischen wollen, ist im Kern ein reaktionärer und ressentimentgeladener Antikapitalismus, der wohlweislich vom „Raubtiergebaren“ der „Finanzhaie“ oder von „sozialer Kälte“ salbadert bzw. betont, dass der Mensch doch kein „Vermögensgegenstand“ wäre (Norbert Blüm), er sein Leben doch nicht „nur“ der Ökonomie unterwerfen solle. Das heißt nicht nur aber doch auch der Ökonomie. Das bedeutet weiterhin: sie sollen sich zusätzlich auch noch der Gemeinschaft unterwerfen. Ansonsten könnte ja jemand auf den Gedanken kommen, sich weder für die Verwertung des Kapitals noch für die Gemeinschaft sinnlos abschuften zu wollen. Gegen derartige Fälle wird empfohlen, doch auch mal an alle zu denken: Derartiger Appell an den so genannten Gemeinsinn dient keinem anderen Zwecke, als die Herrschaft der Ökonomie über die Menschheit bis zum St. Nimmerleinstage währen zu lassen. An „alle“ denken, heißt Staat und Kapital denken, da in der kapitalistischen Gesellschaft „alles“ staatlich und kapital verfasst ist. Mit Altruismus ist keine Gesellschaftskritik machbar. Schließlich wäre es nichts Anderes als egoistisch, uns endlich vom Diktat durch Volk und Kapital zu befreien. Dass der Mensch nur an sich selber denke, kann daher auch niemals die Begründung für die Unmöglichkeit eines Lebens ohne Ausbeutung und Herrschaft sein. Wären kapitalistische Individuen wirklich so selbstsüchtig wie von links wie von rechts gern je nach Fasson positiv oder negativ unterstellt, dann hätten sie sich diese lästige Produktionsweise längst vom Halse geschafft. Aber sie enthält die Potenz des Umschlags ihres Egoismus’ in den Kollektivwahn. Dieser verhindert den Bruch hin zur Emanzipation, treibt die Gesellschaft in die Barbarei und zerstört die Menschlichkeit. Altruisten sind Menschenfeinde.

Deutsche Arbeit ist wertvoll

Normale, kapitalistische Arbeit („durch die Bank verdorben“) wird im Hallischen Themenjahr durch ein spezifisch deutsches Verständnis von Arbeit kritisiert. Deutsche Arbeit zielt auf Ausbeutung wie jede andere kapitalistische Arbeit auch, erscheint aber als Selbstzweck. Ihr ganzes Wesen ist dadurch bestimmt: sowohl kapitalistisch zu sein (und zwar in durchaus brutaler Weise), als auch dies um keinen Preis der Welt sein zu wollen.

Das liest sich dann so: „Wenn wir entlohnt werden, dann werden wir um den Lohn für unsere Mühe gebracht“.[9] Bürgerlich gedacht wäre es selbstverständlich, dass jemand für sein Schuften gefälligst entlohnt wird, und möglichst wenig Zeit für gefälligst viel Schmott verplempern will. Tiefsinnigen Denkern weitab „grundlegender philosophischer Fragestellungen“, erscheint dies als schnöde und materialistisch. Wahrer Lohn bestünde „nicht“ in dem, was einer „verdient“, sondern darin, „was er durch sie“ (seine Tätigkeit) „wird“.[10]

Der Grundgedanke derartiger Überlegungen besteht darin, dass die Arbeit eines Menschen angeblich per se wertvoll wäre; ein Produkt einfach so Wert hätte, weil es Mühe gekostet hat, es zu erzeugen. Aber Arbeit ist nicht Wert. Sie schafft Wert; sie erhält ihn erst dadurch, dass er ihren Produkten durch das gesellschaftliche Verhältnis, in dem sie sich befinden, zukommt. Wertbildende Arbeit ist in sich zerrissen. Sie steht sich selbst als Wert gegenüber. Ein Mensch und seine Arbeit sind – glücklicherweise – nichts wert, jedenfalls nicht in der kapitalistischen Gesellschaft. Außer unter Deutschen. Die wollen mit aller Macht daran glauben, dass es anders wäre. Aber dafür schickten sie Juden ins Gas. Sie wurden für die tatsächliche Wertlosigkeit verantwortlich gezeichnet. Sie hätten den Wert an sich gerissen, weshalb er ihnen mit Gewalt wieder entwunden werden sollte. (So wurde den Juden ihr Eigentum in Nazideutschland auch, aber gewiss nicht nur aus Habgier geraubt.) Der Massenmord in Auschwitz ist die schlimmste denkbare Zuspitzung des gutmenschlichen Geredes vom Wert eines Jeden und seiner Arbeit. Die tatsächliche und jedem ins Auge stechende Wertlosigkeit generiert die wahnhafte und panische Suche nach Schuldigen.

Dieses Denken stiftete in Deutschland von 1933 bis 1945 einen gesellschaftlichen Zusammenhang, der sich nicht primär durch das Streben nach Profit, sondern stattdessen durch Massenmord begründete. Deshalb kann hier durchaus von einem „Produktionsverhältnis des Todes“ [11] gesprochen werden. In dieser besonderen Form von Gesellschaft herrschte ein typisches Verständnis von Arbeit: Es dreht sie den Menschen als Selbstzweck an. Wenn heute Linke, Antiglobalisierer, Christen, Konservative, linksliberale Gutmenschen und Nazis gegen eine profitorientierte Ökonomie hetzen, so ist dahinter zumeist keine Kritik der kapitalistischen Gesellschaft (die eine vernichtende an Staat, Kapital und Arbeit wäre) zu vermuten. Vielmehr handelt es sich dabei nur allzu oft um einen ideologischen Nachhall der Nazibarbarei.

Dieses Lob des Schaffenden ist unlösbar mit der Sehnsucht nach Ausrottung eines Raffenden verquickt. Der Nationalsozialismus in seinem Kern ist und war ein Protest gegen die Entfremdung der menschlichen Arbeit. Auch den Nazibarbaren erschien es verwerflich „materialistisch“, „nur“ für Geld zu arbeiten. Auch sie zogen dagegen ins Feld, nur dem Profit nachzulaufen. Auch ihr Konzept zielte darauf, dass die Volksgenossen sich umeinander kümmern und füreinander sorgen sollen, anstatt ihren materiellen Lüsten zu frönen. Auch sie wetterten gegen die kapitalistische Entfesselung der Bedürfnisse, das schwindende Vertrauen und feierten das Unmittelbare, Direkte und Echte.

Auf der anderen Seite erklärten die Deutschen diejenigen, die sie für die Entfremdung der Arbeit verantwortlich hielten, zur „Gegenrasse“. Wer Vertrauen einfordert und damit in einer per se auf Vereinzelung gegründeten Gesellschaft „Politik ma-

chen“ will, muss die angeblich Verantwortlichen für das allgemeine Misstrauen benennen und seine Gemeinschaft gegen jene zu stiften wissen. Die Abneigung gegen Vertrauensunwürdige und Nichtvertrauende, die gemeinschaftliche Askese, der Feldzug gegen die angeblich unersättlichen Bedürfnisse – das ist der Kitt des gesellschaftlichen Miteinanders, das den hallischen Arbeitsweltlern vorschwebt.

Ausbeutung mit Leib und Seele

Nun steht das Prinzip der deutschen Arbeit nicht dem der kapitalistischen zum Zwecke des Wirtschaftswachstums entgegen. Die deutsche Arbeit ist gleichzeitig die brutalste Zuspitzung als auch die Wendung vermittelter Ausbeutung und Herrschaft in ihr Gegenteil. Sie schlägt in den direkten Zugriff und in die freiwillige Unterwerfung um. Erhalten bleibt der kapitalistische Zwang zur Verwertung, die Tatsache, nicht leben zu können, ohne sich ausbeuten zu lassen. Was verschwindet sind die emanzipativen Seiten: die Aussicht auf ein Leben ohne Ausbeutung und Herrschaft. Es gilt als unerwünscht, sich die Arbeit so gut wie möglich vom Halse zu schaffen, sie durch Lohnkampf und Arbeitszeitverkürzung zu minimieren. Man hat sich der Arbeit mit „Leib und Seele“ zu „verschreiben“.[12] Das ist die Quintessenz deutscher Arbeit als Zuspitzung und Umschlag der kapitalistischen in einem. Darin besteht das durch und durch deutsche Rezept des Themenjahres. Deutsche Arbeit proklamiert gegen den Schein die rohe und blutige Realität. Sie gönnt den Menschen nicht einmal, sich als etwas Besseres wenigstens noch zu dünken. Sie ist erpicht darauf, noch den spärlichsten Schein von Glück und Freiheit auszumerzen, indem sie den Arbeitenden ins Hirn meißelt, nicht um des Habens, sondern um des Seins willen zu schuften. Dass man unter Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise den ganzen Tag Unsinn treiben muss, reicht den Arbeitsweltlern nicht. Man muss auch noch seine Persönlichkeit danach gestalten.

Gegen diese Ideologie ist die schnöde, sachliche Perspektive zu verteidigen: Arbeit ist für Geld zu leisten. Darin besteht ihr einziger Zweck. Niemandem ist einzureden, sich auch noch gerne für Volk und Wirtschaft zu verausgaben. Stattdessen ist der Kampf um „disponible time“ (Marx) zu führen: dem Einzelnen möglichst viel frei verfügbare Zeit zukommen zu lassen. Es ist einzig der Entscheidung des Individuums anheim zu geben, ob diese freie Zeit völlig sinnlos verplempert wird: etwa um sich die Birne dicht zu quarzen. Oder um Computer zu spielen. Oder gar (aber wirklich nur notgedrungen), um sich auf Veranstaltungen der Stadt Halle erzählen zu lassen, dass der Lohn einen um die Mühe der Arbeit bringe.

Martin Dornis

Anmerkungen:

1 Broschüre Arbeitswelten, Kulturelles Themenjahr in Halle 2009. S. 10
2 Marianne Gronemeyer: Welche Arbeit braucht der Mensch? – Vortrag zur Eröffnung des Themenjahres Arbeitswelten in Halle. In: Broschüre Arbeitswelten, , S. 1
3 Ebd., S. 11.
4 Broschüre, S. 16.
5 Ebd., S. 156.
6 Ebd., S. 8.
7 Ebd., S. 1.
8 Alfred Sohn-Rethel: Geistige und körperliche Arbeit, Zur Theorie gesellschaftlicher Synthesis, Frankfurt 1970. S. 68.
9 Gronemeyer, S. 14.
10 Broschüre, S. 115.
11 ISF, Flugschriften, S. 8
12 Ebd., S. 10.

Heimatschutzkommando Ost

Wer ist schuld daran, dass es im Osten so eklig ist? Bei einem antifaschistischen Aktionstag in Köthen wurde die Antwort gegeben: die Linkspartei. Wir dokumentieren einen Vortrag, der dort gehalten wurde und vor kurzem in überarbeiteter Form in der Kölner Zeitschrift „Prodomo“ erschien.

Das Leben auf dem flachen Land ist zweifellos überall schrecklich. Niemand, der noch bei Verstand ist, möchte in einem der Orte leben, die etwa Sinclair Lewis in Main Street oder Babbitt, zwei der besten Bücher über die Zumutungen der Provinz, beschreibt: Es herrschen Langeweile, drückende Enge und Borniertheit; die Menschen können sich gegenseitig nicht ausstehen; und neue Mitbewohner werden grundsätzlich als Störer der althergebrachten Ordnung – und damit zugleich: als Zielscheibe der eigenen Aggressionen – betrachtet. Kaum irgendwo in der westlichen Hemisphäre dürfte es allerdings so schrecklich sein wie in der ostdeutschen Provinz: also im Grunde überall, wie es im Fernsehen der DDR hieß, „zwischen Kap Arkona und Fichtelberg, Brocken und Landskrone“.

Wer über diese Zustände sprechen will, kommt nicht daran vorbei, über die Partei zu sprechen, die, vermittelt über ihre parteinahe Stiftung, die heutige Veranstaltung finanziert hat und aufgrund ihrer Vorfeld-, Neben- und Bündnisorganisationen, ihres Presseapparates sowie ihrer Senioren- und Stadtteilarbeit fester Bestandteil der ostdeutschen Alltagskultur ist: die Linkspartei. In Anlehnung an einen viel zitierten Ausspruch Max Horkheimers von 1939 muss sogar gesagt werden: Wer von der Linkspartei nicht sprechen will, soll auch von den Widerwärtigkeiten in der ostdeutschen Provinz schweigen.

I.

Die Linkspartei ist nicht allein Ausdruck der ostdeutschen Verhältnisse. In ihr verdichtet sich nicht nur all das, was das Leben im Osten so unerträglich macht: aggressive Weinerlichkeit, dumpfer Gemeinschaftskult und schlechter Geschmack. Die Linkspartei ist darüber hinaus der zentrale Katalysator dieser Zustände. Sie ist das, was ihre Vorgängerorganisation SED immer sein wollte: Avantgarde. Diesen Avantgardestatus übernimmt die Partei nicht gegenüber der Arbeiterklasse, von der auch die SED nicht mehr allzu viel wissen wollte. Die Linkspartei gibt sich vielmehr als Vertreterin eines unterdrückten Volkes, das sich gegen „imperialistische Fremdherrschaft“ oder, wie es bei Sahra Wagenknecht regelmäßig heißt, imperialistische „Fremdverwaltung“ (Junge Welt vom 14. Juli 1994) zur Wehr setzt. Auch wenn der Vorschlag der Dresdner PDS-Politikerin Christine Ostrowski, die PDS in eine OVP, eine Ostdeutsche Volkspartei, zu transformieren, in den 1990er Jahren parteiintern abgewählt wurde, ist die SED-Nachfolgerin längst im schlechtesten Sinn Volkspartei. Zentrale Voraussetzung für ein Aufgehen in der Linkspartei ist dementsprechend nicht das, was früher als „fortschrittliche Gesinnung“ bezeichnet wurde. Wer als Klient, Verhandlungs- oder Bündnispartner der PDS in Frage kommen will, muss vielmehr ostzonale Herkunft, zumindest aber ostzonale Gesinnung vorweisen können. Ganz in diesem Sinn gründete Gregor Gysi 1992 mit dem brandenburgischen CDU-Rechtsaußen Peter-Michael Diestel die Komitees für Gerechtigkeit, eine Art ostdeutschen Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, der um der gemeinsamen Herkunft willen, O-Ton Gysi, „strittige Fragen, etwa die Asylpolitik, ausklammern“ wollte (zit. nach Konkret 2/2007). Ganz in diesem Sinn fungiert die Linke in den alten Bundesländern nach einer knapp 20-jährigen Latenzzeit als Auffangbecken für die Ehren-Ossis des Westens: für ein Milieu, das der guten alten Zeit der Ära Schmidt hinterhertrauert, sich permanent „belogen und betrogen“ fühlt und die eigene Unzufriedenheit auf den Einfall ausländischer „Heuschrecken“ (Franz Müntefering) zurückführt. Und ganz in diesem Sinn ist die Linkspartei immer dann zur Stelle, wenn sich Ostdeutsche wieder einmal gegen Asylbewerberheime, Pfarrer aus dem Westen oder die Unterbringung jüdischer Kontingentflüchtlinge zusammenrotten[1], um selbst die größten Sauereien unter Verweis auf den Verlust von Polikliniken, Arbeitsplätzen und – insbesondere dann, wenn das materielle Argument zu leicht als Lüge enttarnt werden kann – „Identität“ zu rechtfertigen. Dem Ost-Volk wird so erstens signalisiert, dass jemand für seine Ausfälle Verständnis hat. Es wird zweitens zu weiteren Exzessen angestachelt. Und ihm werden drittens für diese Exzesse Begründungsmuster und -floskeln an die Hand gegeben, mit denen es seinen Jagdtrieb auch in Zukunft rationalisieren und gegenüber dem Westfernsehen rechtfertigen kann: Insbesondere die Formel vom Identitätsverlust, die mittlerweile zum Standardwortschatz jedes mecklenburgischen Zeltplatzschlägers gehört, dürfte im Osten überhaupt erst von der PDS verbreitet worden sein.

II.

Während sich der Parteivorstand oft noch im Lavieren übt, kommt das Wesen der marxistisch-leninistischen „Dialektik von sozialer und nationaler Befreiung“, die der älteren Generation im Parteilehrjahr eingetrichtert wurde, in den Regionalblättchen, bei den Mitgliederversammlungen und Kreisparteitagen der Linken unverstellt zur Geltung. Beim Blick auf die Parteibasis und die Wähler der Partei wird deutlich, was seit dem Beginn der Dekolonisierung auch in der Dritten Welt beobachtet werden konnte: Der Kampf gegen Fremdherrschaft richtet sich weniger gegen die Herrschaft als gegen die Fremden. So hat die Linkspartei prozentual gesehen nicht nur von allen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, den größten Anteil ausländerfeindlicher Wähler. (vgl. Konkret 2/2007) Auch die geradezu obsessive Begeisterung der PDS-nahen Presse für Hamas, Fatah und Co. dürfte nicht zuletzt vor dem Hintergrund zu verstehen sein, dass die Palästinenser mit ihrem Kampf für die heimatliche Scholle, den autochthonen Trachtenverein und das damit verbundene Recht auf das große Halali gegen Fremde einen Stellvertreterkrieg für genuin ostdeutsche Wünsche führen: Wenn das Neue Deutschland über die Schießereien in Hebron, Gaza und Ramallah berichtet, dann schreibt es weniger über die Zustände im Nahen Osten als über den ersehnten Aufstand der Betriebskampfgruppe „Schwarze Pumpe“ gegen Besserwessis, Treuhandanstalt und „Fremdarbeiter“, die Chemnitzer Familienvätern nach Ansicht Oskar Lafontaines die Arbeit wegnehmen (Die Welt vom 17. Juni 2005). Überall dort, wo die Linkspartei besonders stark ist, ist es dementsprechend für Fremde besonders gefährlich; überall dort, wo die Linkspartei große Wahlerfolge einfahren kann, ist es für nonkonforme Jugendliche besonders schwer; und überall dort, wo die Linkspartei die berühmte kulturelle Hegemonie ausüben kann, ist auch die öffentliche Toleranz gegenüber Neonazis besonders groß.[2]

Die Grenzen zwischen rechts und links waren dabei zwar nie besonders sicher: Der regelmäßige Flirt der Gysi-Truppe mit der Nation (vom Deutschnationalismus des Grafen Einsiedel über Gabi Zimmers „Ich-liebe-Deutschland“-Rede bis hin zu Oskar Lafontaines Sozialpatriotismus) steht durchaus in schlechter linker Tradition. Dennoch steht die Linkspartei nicht nur für gelegentliche Grenzgänge, sondern für ein Phänomen, das Kurt Hiller im Hinblick auf den Nationalbolschewismus à la Karl O. Paetel, Otto Strasser oder Otto Graf schon in den 1920er Jahren mit der Formel „linke Leute von rechts“ umschrieb. Die Linkspartei könnte also genauso gut Rechtspartei heißen.[3] So weist die Partei nicht nur seit Jahren den höchsten Anteil an Wählern auf, die ihr zweites Kreuz bei NPD oder DVU machen. Auch bei der Begeisterung für Law and Order, traditionell eher ein right-wing issue, haben die Freunde der Linken die Wähler der anderen großen Parteien längst geschlagen: 75 Prozent der Linksparteiwähler in Sachsen-Anhalt sind laut aktuellem Sachsen-Anhalt-Monitor, einer empirischen Untersuchung, die seit 2007 in den ehemaligen DDR-Bezirken Halle und Magdeburg erhoben wird, der Meinung, dass Sicherheit wichtiger als Freiheit sei.[4] Das heißt: Je größer die Wahlpräferenz für die Linkspartei ist, umso größer ist auch die Bereitschaft, individuelle Freiheitsrechte für einen stärkeren Staat – und das heißt erfahrungsgemäß: Eingriffe in die Privatsphäre, Sozialkontrolle und härtere Strafen – zu opfern.

III.

Wie alle Weltanschauungsparteien wird auch die Linkspartei weniger aufgrund ihres Parteiprogramms gewählt, das freilich auch schon schlimm genug ist.[5] Sie wird vielmehr für das gewählt, wie es in den Marktplatzreden Gregor Gysis regelmäßig heißt, „wofür sie steht“. Dieses Standpunktprogramm kann gerne auch im Widerspruch zum offiziellen Parteiprogramm stehen. Selbst dem langjährigen PDS-Vizevorsitzenden Wolfgang Gehrke blieb vor einigen Jahren nichts anderes übrig, als zuzugeben, was bis heute gültig sein dürfte: Die Partei wird nicht wegen ihrer gelegentlichen Kritik am Rassismus (die an der Basis ohnehin als Spleen des unter westdeutschem Einfluss stehenden Parteivorstands gewertet werden dürfte), sondern trotz dieser Kritik gewählt (Konkret 11/1998). Die regelmäßigen Verstöße Oskar Lafontaines gegen das Parteiprogramm signalisieren in diesem Zusammenhang: Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Dieser Verzicht auf Konsistenz und Konsequenz, der es den Anhängern der Linken ermöglicht, auch die gegenläufigsten Vorstellungen und Sehnsüchte auf die Partei zu projizieren, macht den Verein – und das dürfte seine zentrale Anziehungskraft ausmachen – zum ideellen Gesamtossi.

Hierzu ein kleiner Exkurs: Legt man die Zahlen einiger empirischer Untersuchungen und eine Reihe von Alltagsbeobachtungen zugrunde, hat der typische Ostdeutsche, zur Vereinfachung im Folgenden Silvio Normalversager genannt, erstens durch die Wiedervereinigung materiell gewonnen.[6] Trotzdem ist er permanent unzufrieden. Er trauert der DDR, über die er 1989/90 gar nicht genug Schlechtes erzählen konnte, einerseits hinterher: Sechs von zehn Thüringern, die hier als durchaus repräsentativ für die Ostdeutschen begriffen werden können, wollen mit dem Sozialismus, wie er in der DDR bestanden hat, im Nachhinein zufrieden gewesen sein; eine knappe Mehrheit findet an der DDR mehr gute als schlechte Seiten.[7] Andererseits will kaum jemand – in Thüringen weniger als ein Fünftel der Befragten – die DDR wirklich zurückhaben. Die Ostdeutschen scheinen es überall dort nicht aushalten zu können, wo sie und ihresgleichen sind.

Silvio Normalversager hat zweitens zunächst nach Kapitalismus, D-Mark und Wiedervereinigung gerufen („Helmut rück die D-Mark raus, die Sachsen kommen im Dauerlauf“), will allerdings jetzt, nachdem er das Ganze bekommen hat, weder vom Kapitalismus noch von seinem eigenen Ruf danach etwas wissen. Seine Situation erscheint ihm nicht als Resultat eigener Handlungen und Entscheidungen, sondern als Folge fieser Machenschaften finsterer Mächte. Ganz in diesem Sinn sieht er sich permanent benachteiligt, hintergangen und übervorteilt: Mehr als die Hälfte der Bewohner Sachsen-Anhalts glaubt sich von Westdeutschen als „Mensch zweiter Klasse“ behandelt; 23 Prozent der Ostdeutschen stimmen der Aussage „Deutschland ist gefährlich überfremdet“ „voll und ganz“ zu[8] – und haben keinerlei Angst, sich damit angesichts eines Ausländeranteils von zwei Prozent, wenn diejenigen, die das Land „gefährlich überfremden“, also erst mit einer Sonderfahndungseinheit gesucht werden müssten, lächerlich zu machen.[9]

Und Silvio Normalversager benimmt sich drittens bei Sonderangeboten zwar wie bei der Raubtierfütterung im Zoo – er war und ist beim legalen und halblegalen Abgreifen von Eigenheimzulagen, Abwrackprämien und Subventionen aller Art ganz vorn dabei. Trotzdem wird er nicht müde, sich über Ellenbogenmentalität und Raffgier zu beschweren. Wie überall, wo sich Egomanen über mangelnden Kollektivgeist beschweren, soll mit dem Fingerzeig auf andere auch östlich der Elbe in erster Linie das eigene Losschlagen gegen vermeintliche Gemeinschaftsschädlinge legitimiert werden: Gemessen an Bevölkerungszahl und Ausländeranteil ist es für einen Spanier, Vietnamesen, Portugiesen oder Mosambikaner in Ostdeutschland dementsprechend immer noch mindestens zehn Mal so gefährlich wie in den alten Bundesländern. Fast doppelt so viele Ostdeutsche wie Westdeutsche stimmen der Aussage „voll und ganz“ zu, dass Ausländer bei Arbeitsplatzmangel

BAHAMAS Nr. 59 Winter/Frühj. 2010

Verschwörung gegen Amerika?

Minarettabstimmung: Die Schweiz im Widerstand ● Die Irrungen der Verteidiger Sarrazins ● Vorstellung: English Defence League ● Poseners Billiges Benedikt-Bashin ● Die Kritik maximieren, den Zionismus diskreditieren. Über Hamburger Cineasten und Diskursschufte ● Markt der Argumente und Kartell der Meinungen ● Ein Traum von einem Präsidenten ● Obamas dialogisches Prinzip ● Logik und Zweck der Iran-Politik Obamas ● Der Angriff der Neurowissenschaft auf die Emanzipation ● Der Situationismus und seine Adepten u.a.m.

5 EUR (Briefmarken): BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel.: 030 / 6236944 und redaktion@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden sollten.[10]

Silvio Normalversager erinnert also an ein zu groß geratenes Kleinkind, das sein „Ich“ noch nicht vollständig ausgebildet hat: Es verwechselt seine eigenen Handlungen regelmäßig mit den Handlungen anderer; es weist die Verantwortung für den Brei an der Wand, die nasse Windel oder den zerlegten Teddy vehement von sich; und es hat noch nicht gelernt, dass man zum Fasching nicht als Pirat und Indianer zugleich gehen kann, und führt die daraus resultierende Entsagung – wer als Pirat geht, kann kein Indianer sein und vice versa – nicht auf die Logik, sondern auf die Boshaftigkeit seiner Umwelt zurück, die es dann zum Ausgleich tyrannisiert.

Diese drei Merkmale: Meckermanie, Selbstentmündigungssyndrom und projektive Selbstentlastung, sind auch bei der PDS zu beobachten:

1. Meckermanie: Wer die Entwicklung der Partei in den letzten zwanzig Jahren verfolgt hat, weiß: Ihre Geschichte ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Die SED hatte in den letzten Jahren der DDR vollkommen abgewirtschaftet. Bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990 machten nur 2,5 Prozent der deutschen Wähler ihr Kreuz bei der PDS. Langfristig schien auch ihre Präsenz in den ostdeutschen Landtagen prekär zu werden.[11] Inzwischen sitzen Linkspartei-Abgeordnete in zwölf Landtagen, bei der letzten Bundestagswahl erhielten die PDS-Nachfolger rund zwölf Prozent der Zweitstimmen, die Partei war in mehreren Ländern an der Regierung beteiligt und auch die Ausdehnung in den Westen, aufgrund ihres mehrfachen Scheiterns lange Zeit das Problemkind der Partei, ist gelungen. Trotzdem ist die Linkspartei permanent unzufrieden. Sie glaubt sich regelmäßig ungerechtfertigt behandelt, benachteiligt und verfolgt: Wenn wieder einmal bekannt wird, dass ein Linkspartei-Mitglied Stasimitarbeiter war, sprechen Linksparteiler von einer „Hexenjagd“ (vgl. etwa Berliner Zeitung vom 3. Dezember 2009) – so als wären Hexenjagden nicht gerade Spezialität des Staatssicherheitsdienstes der DDR gewesen. Wenn Andrea Ypsilanti bei ihren Koalitionsverhandlungen mit den Grünen und der Linkspartei daran erinnert wird, dass sie eine Zusammenarbeit mit der Linken im Wahlkampf noch kategorisch ausgeschlossen hatte, verstehen die Genossen das nicht als Erinnerung an die Maxime „Versprechen sind einzuhalten“, mit der schon Vorschulkinder konfrontiert werden, sondern sehen eine fiese „Schmutzkampagne“ am Werk (linkspartei-waehlen.de). Und wenn die ARD Peter Sodann, der schon 2005 für die Linkspartei kandidieren wollte, darauf hinweist, dass er seine Rolle als Tatort-Kommissar dann vorübergehend ruhen lassen muss, weil Mandatsträger und Bewerber um ein Mandat laut Senderrichtlinie nicht als „gestaltende Personen“ im Fernsehen auftreten dürfen, wittert die Partei eine hinterhältige Verschwörung: Wer sich in Deutschland „für links entscheidet“, so Wahlkampfleiter Bodo Ramelow, habe mit „Berufsverbot“, Ausgrenzung und Ächtung zu rechnen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 2005).

2. Selbstentmündigungssyndrom: Anfang Februar 1990 knüpfte der damalige DDR-Ministerpräsident Hans Modrow, nach wie vor Ehrenvorsitzender der Linken, an die Wiedervereinigungsrhetorik der frühen SED an, präsentierte einen Plan mit dem Titel „Deutschland einig Vaterland“ („Modrowplan“) und schlug die Einheit der beiden deutschen Staaten vor. Während die im April 1989 in Hamburg gegründete Sammlungsinitiative Radikale Linke versuchte, die Wiedervereinigung bis fünf nach Zwölf zu bekämpfen, verwies Modrow im ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlkampf immer wieder stolz auf seinen eigenen Anteil an der deutschen Einheit. Und während sich im Kontext von Wiedervereinigung und Radikaler Linker eine antideutsche bzw. antinationale Linke – beide Begriffe wurden seinerzeit noch synonym verwendet – herausbildete, warf Gregor Gysi im Februar 1990 ausgerechnet dem Einheitskanzler Helmut Kohl vor, nicht genug für die Wiedervereinigung zu tun: „Bisher ist der Kanzler zu keiner einzigen politischen Konzession um der deutschen Einheit willen bereit, und das ist antinational.“ (zit. nach Konkret 9/1990) Jetzt, wo die Partei bekommen hat, wofür sie wie niemand sonst in der Linken getrommelt hat, präsentiert sie die Wiedervereinigung nicht nur immer wieder als Super-GAU der deutschen Geschichte. Sie will sich auch nicht mehr an ihre eigene Einheitsbegeisterung erinnern und weigert sich konsequent, Verantwortung für ihren Anteil an der schwarz-rot-goldenen Hysterie der Jahre 1989ff. zu übernehmen.

3. Projektive Selbstentlastung: Die Linkspartei wird zwar nicht müde, sich über Abzocker-Wessis und Diätenjäger zu beschweren. Das Dumme ist: Sie scheint nicht zu realisieren, dass sie mit ihrer Rede vom Absahnen und Abzocken vor allem sich selbst beschreibt. Ob die sachsen-anhaltische Vorzeige-Linke Petra Sitte, die vor Jahren einen Billig-Lippenstift klaute (Die Welt vom 16. Dezember 1995); die Schweriner Fraktionschefin Caterina Muth, die ein paar Jahre später eine Wimpernspirale mitgehen ließ (Berliner Kurier vom 12. Januar 1999); der sachsen-anhaltische Landesschatzmeister Rolf Bernhardt, der 200.000 D-Mark Parteigelder bei Dollarspekulationen in den Sand setzte (Die Welt vom 16. Dezember 1995); oder die Linkspartei in Berlin, die mit Blick auf ihre Senatssessel und das preiswerte Essen in der Rathauskantine auf ihr Programm, ihre Versprechen und ihre Wähler pfeift, und genau die unsozialen Maßnahmen in die Tat umsetzt, die sie sonst so lautstark verurteilt (Lohnsenkungen bei den Verkehrsbetrieben, Verkauf städtischen Wohneigentums, Erhöhung der Kindergartengebühren usw.): Die Partei legt eine Mischung aus Prinzipienlosigkeit und zielloser Gier an den Tag – wer trotz MdL-Gehalt Billigkosmetik einsackt, stiehlt nicht aus Bedürftigkeit, sondern weil die Gelegenheit günstig scheint –, die jeden westdeutschen Gebrauchtwagenhändler der frühen 1990er Jahre neidisch werden lässt.

Vor diesem Hintergrund dürfte letztlich auch die Sehnsucht des Linkspartei-Wählers – und wohl auch des Genossen an der Basis – nach Autorität und Sicherheit zu verstehen sein: Da er annimmt, dass alle Menschen ein so unsentimentales Verhältnis zu gesellschaftlichen Umgangsformen, Regeln und Konventionen haben wie er selbst, lebt er in permanenter Angst. So ist der klassische Autoritäre bekanntlich weniger ein traditioneller Spießer, der sich nicht vorstellen kann, ein Gesetz oder eine der zahllosen ungeschriebenen Verhaltensnormen zu brechen, sondern er ist eher der verhinderte Rebell mit dem Bedürfnis nach Selbstenthemmung: Weil er kein Über-Ich entwickeln konnte, das ihm sagt, was richtig und falsch ist („Du sollst nicht stehlen“, „Du sollst Fremde auch dann nicht durch die Stadt treiben, wenn keine Polizei vor Ort ist“ usw.), verlangt er aus Angst davor, etwas falsch zu machen, nach der Dauerpräsenz von Polizei, Ordnungs- und Sicherheitsdienst. Da er keine innere moralische Instanz ausbilden konnte, hängt er sich an eine äußere Autorität, die er trotzdem heimlich verachtet, weil sie ihn daran hindert, sein Bedürfnis nach Enthemmung auszuleben.

IV.

Wer die Hoffnung auf die Humanisierung des flachen Landes, den großen Traum sozialistischer und kommunistischer Dorflehrer des frühen 20. Jahrhunderts, nicht ganz ad acta legen will, sollte zumindest realisieren, dass das zentrale „Problem“ der Provinz, von dem im Ankündigungstext dieser Veranstaltung die Rede ist, im Osten der Republik weniger das gern thematisierte Vertriebsnetz rechtsextremer Lifestile-Devotionalien als die Linkspartei ist. Auch wenn die Neonazikameradschaften, über

prodomo
zeitschrift in eigener sache

#13 ab Ende Februar

Ralf Frodermann über SMS und Fortschritt | Jan Gerber über das ostdeutsche Elend | Jan Huiskens über ein Bekenntnis zur Demokratie | Richard Kempkens über antichristliche Ressentiments | Tjark Kunstreich über "Israelkritik" und Antisemitismus | Philipp Lenhard über Vorläufer des Nazifaschismus | Niklaas Machunsky über Carl Schmitt als Theoretiker der Menschenrechte (Teil 2) | Horst Pankow über die Steuersünder-CD | Interview mit Ali Schirasi und weiteres

Online lesen unter:
http://www.prodomo-online.tk

Kopierte Ausgabe für 4 € inkl.Porto bestellen:
Prodomo e.V., Postfach 301022, 50780 Köln
redaktionprodomo@yahoo.com

die die Rosa-Luxemburg-Stiftung heute vermutlich gern gesprochen hätte, im konkreten Fall oft gefährlicher sind als die Rentnerstammtische des PDS-Kreisverbandes Köthen.

Anmerkungen:

1 Als 1990/91 im brandenburgischen Basdorf ein Asylbewerberheim eingerichtet werden sollte, stellte sich die PDS nicht nur an die Spitze der Bewegung gegen die Unterkunft, sondern warf allen anderen auch Zögerlichkeit und Kompromissbereitschaft vor (vgl. Konkret 11/1991). Als sich die Dorfgemeinschaft in Gollwitz 1997 gegen die Unterbringung von jüdischen Flüchtlingen aus der Sowjetunion zusammenrottete, war es vor allem der Brandenburger Landesverband der PDS, der die Dörfler unterstützte, ihren Antisemitismus als berechtigten sozialen Protest ausgab und selbst den verständnisvollen Landesvater mit Verständnis übertrumpfte (Jungle World 49/1997). Und als ein Pfarrer Ende 2007 aus Angst um seine indische Frau und seine Kinder das thüringische Rudolstadt verließ, war es nicht zuletzt die örtliche Linke, die nicht die Familie, sondern die Rudolstädter als das zentrale Opfer des Falls präsentierte.(vgl. Bahamas 55/2008).

2 Das mag zunächst verwundern: Wer in den 1990er Jahren in antifaschistischen Initiativen aktiv war, kannte in der Regel den einen oder anderen PDS-Stadtvorsitzenden, -Landtagsabgeordneten oder -MdB, der sich als Anmelder für eine Demonstration oder für eine kleine Anfrage im Parlament hergab. Dieser Anmelder wollte die Neonazis, gegen die es gehen sollte, allerdings entweder als Westimport begriffen wissen: als Jugendliche, die von fiesen Kadern aus den alten Bundesländern verführt worden seien. Oder er handelte bestenfalls mit Rückendeckung einiger weniger Vorstandsmitglieder gegen die Parteibasis. Als ein sächsischer Landtagsabgeordneter der PDS in den 1990er Jahren eine antifaschistische Demonstration in Wurzen – laut Verfassungsschutz seinerzeit das „wohl wichtigste Zentrum der Neonazis in Deutschland" – anmeldete, wurde er nicht nur von einigen seiner Fraktionskollegen kritisiert. Auch die Mitgliederversammlung der regionalen PDS distanzierte sich vehement von der Demonstration.

3 Zur linken Geschichte der Rechten vgl. etwa Zeev Sternhell u.a.: Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburg 1999.

4 Zum Vergleich: Bei der SPD sind es 67, bei der CDU 65 Prozent, bei der FDP 58 und bei den Grünen 52 Prozent. Die Frage sah auch die Antwort „Beides ist gleich wichtig" vor. Die CDU- und SPD-Wähler waren trotz dieser ebenfalls erschreckenden Zahl in ihrer Mehrheit allerdings zumindest noch der Meinung, dass Freiheit wichtiger als Gleichheit sei. Vgl. Sachsen-Anhalt-Monitor 2009. Werte und politisches Bewusstsein 20 Jahre nach dem Systemumbruch, Halle 2009.

5 Die Programmatischen Eckpunkte der Linken bestimmen die USA, deren Politik „auf eine ganz der Kapitalverwertung untergeordnete Welt" hinzielen würde, und die „internationalen Finanzmärkte" als großes Übel der Welt.

6 Der Lebensstandard ist nach Ansicht von 69 Prozent der Bewohner Sachsen-Anhalts gestiegen; 59 Prozent glauben, dass die Chancen auf einen persönlichen Aufstieg im wiedervereinigten Deutschland besser sind als in der DDR; und 81 Prozent sind der Überzeugung, dass die persönliche Freiheit nach 1989 größer geworden ist. Vgl. Sachsen-Anhalt-Monitor 2009.

7 Vgl. Thüringen-Monitor 2005. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, was die Bewohner der neuen Bundesländer an der DDR gut fanden: 77 Prozent der Sachsen-Anhalter sind der Meinung, dass der „Umgang miteinander" in der DDR besser gewesen sei. Die Zuteilung von Lehrstellen und die 45 Jahre im gleichen Maschinenpark, die der Sozialplan der DDR für Schulabgänger vorsah, werden von 57 Prozent der Befragten in eine bessere „soziale Absicherung" umgelogen. Und aus den Kinderaufbewahrungsstätten, in denen man seine Kinder ab der achten Lebenswoche von morgens um vier bis abends um zehn abgeben konnte, um sich nicht weiter um sie kümmern zu müssen und sie von griesgrämigen Kindergärtnerinnen bearbeiten zu lassen, wird von 68 Prozent ein Lob der Kinderbetreuung in der DDR gemacht. Vgl. Sachsen-Anhalt-Monitor 2009.

8 Ebd.

9 Zum Vergleich: Im Westen ist es bei einem fünf Mal höheren Ausländeranteil ein Drittel der Befragten weniger. Vgl. ebd.

10 Vgl. Sachsen-Anhalt-Monitor 2009. Im Osten sind es 17 Prozent, im Westen 9 Prozent. Die Zahl derjenigen, die der Aussage nicht „voll und ganz", sondern nur teilweise oder bedingt zustimmten, wird im Bericht nicht angegeben.

11 Bei einer Umfrage 1991 konnten sich nur noch fünf Prozent der Ostdeutschen vorstellen, die PDS zu wählen. (APuZ 21/2002)

The same procedure ... as every day.

Wahnsinn, Kuriositäten und Erfreuliches aus der Provinz.

» Es war einmal ein Kiez

Die Authentizität eines bekannten hallischen Wohnviertels könnte schon bald ein jähes Ende finden. Das Sternburgviertel, Lesern unserer Zeitung wohlbekannt, wird gegenwärtig „umgestaltet". Was sich hinter dieser scheinbar harmlosen Formulierung und der allerorten zu lesenden Losung „HalleBautUm" verbirgt, ist jedoch spätestens seit den bahnbrechenden Analysen des ehemaligen Hausbesetzers und Oberhäuptlings der Berliner Anti-Gentrifizierungsbewegung in Diensten der Humboldt-Universität Berlin, Dr. Andrej Holm, bekannt: die sogenannte Aufwertung eines Wohnviertels, die daraufhin massiv steigenden Mieten und die dann folgende systematische Vertreibung angestammter Bevölkerungsgruppen. Im Berliner Prenzlauer Berg begann die gentrifizierungsbegründete Emigration der autochthonen Bewohner zunächst schleichend. Im Sternburgviertel hingegen ist die Luxussanierung (dreieckige Badewannen, Dachterrassen, abschließbare Briefkästen usw.) ganzer Häuserzeilen bereits in vollem Gange. Innerhalb kürzester Zeit wurden zahlreiche Gebäude saniert bzw. abgerissen. Was in Berlins Middle-East als zartes Lüftchen begann, findet in der hallischen City als wütender Tornado seine Fortsetzung. Es wird nicht mehr lange dauern, bis althergebrachte Bräuche vernichtet werden und für immer verloren sind; bis Geschäfte wie der „Getränke & Heimdienst L.Telle", die „Orthopädie Schuhtechnik Albrecht" und der „Hebammen Laden" ihre Miete nicht mehr zahlen können. Die mutwillige Zerstörung einer über Jahre gewachsenen Struktur geht auf das Konto verbrecherischer Spekulanten und von Gier getriebener Miethaie, die nichts anderem folgen, als ihrem eiskalten Profitinteresse. Wo noch vor kurzem hochkarätige Filmproduktionen („Liebe Mauer" u.a.) stattfanden, in denen die Gegend als Kulisse für Mauerstreifenszenen Ost-Berlins diente; oder, was noch besser gelang, heruntergekommene Viertel osteuropäischer Vorstädte in der 1960er Jahren darstellte (kein Scherz!), ohne dass an Gebäuden, Straßen und den vor Ort rekrutierten Komparsen auch nur irgendwas verändert werden musste (die einzige Aufforderung an komparsenwillige Hallenser lautete: „nicht zu modern gekleidet"), zieht nun die Abrissbirne ihre zerstörerischen Kreise, um gesichts- und geschichtslosen Neubauten und monotonen Rasenflächen den Weg zu ebnen.

Doch schon die vor nicht allzu langer Zeit stattgefundene „demokratische Wahl" des Viertelnamens durch seine Bewohner gab einen deutlichen Vorschein auf Kommendes: Informanten dieser Zeitung gaben zu Protokoll, dass eine große Zahl von Stimmzetteln, die sich entgegen der Interessen der sogenannten „Investoren" für den einzig wahren, in der Bevölkerung verankerten sowie Sitten und Gebräuche adäquat widerspiegelnden Namen „Sternburgviertel" aussprachen, nicht berücksichtigt wurden (vgl. Bonjour Tristesse Nr. 2/2007). Bei den Recherchen zum Wahlbetrug konnten unsere Kontaktpersonen aus den Blauen Tonnen nahe der Zentrale des die Wahl durchführenden ominösen „Bürgervereins" unzählige Stimmzettel, die sich für „Sternburgviertel" aussprachen, auffinden und sicherstellen. Außerdem überstieg die Anzahl der abgegeben Stimmen für „Medizinerviertel" nach Angaben unabhängiger Wahlbeobachter aus umliegenden Vierteln die der Wahlberechtigten um ein Vielfaches. Selbst Verstorbene und längst in den Saalekreis und nach Leipzig verzogene Bürger seien auf den Listen aufgetaucht. Außerdem sollen Angebote von Bierflaschen im Gegenwert von bis zu 12 Euro für den Verkauf einer Stimme am Schwarzen Brett des „Getränke & Heimdienstes L.Telle" gesichtet worden sein. Die Vereinsmitglieder entpuppen sich damit als lupenreine Vasallen der Macht, wohl wissend, dass einzig Betrug und Lüge den Boden für die gnadenlose Politik der Herrschenden bereiten. Doch die Menschen vertrauen mittlerweile weder der etablierten Politik noch einer korrupten Vereinskamarilla. Mehr und mehr Bürger glauben, dass ein schrecklicher Fluch über dem Quartier liegt. So soll – der Legende nach – im Mai 1971 ein Schäferhundrüde während einer sternklaren Nacht von einem herab fallenden Schieferziegel tödlich getroffen worden sein. Tags darauf wuchs an der Stelle innerhalb eines Vormittages ein Baum, der von der Stasi aufgrund des sich in Windeseile entwickelnden öffentlichen Spektakels gegen 17:30 Uhr gefällt wurde. Vom Besitzer des erschlagenen Hundes fehlt seit jenem denkwürdigen Nachmittag jede Spur. Bis vor kurzem erinnerte ein Baum aus Eisen und Draht an dieses dunkle Kapitel der hallischen Geschichte. Doch auch damit ist nun Schluss: Der offenbar nicht mehr ins Bild passende Stahlbaum wurde im Laufe einer Nacht im Winter dieses Jahres von den das Viertel kontrollierenden Schwadronen des „Bürgervereins" an einen unbekannten Ort verbracht. Als billiger Ersatz wurden Pflanzenkübel in großer Zahl aufgestellt. Vor diesem Hintergrund ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Bewohner endgültig von den Zahnrädern des internationalen Finanzkapitals zermalmt werden. ***(mab)***

» Hauptsache Dreck

Als vor kurzem die Vorsitzende der „Bürgerinitiative Paulusviertel e.V.", die Sozialdemokratin Hanna Haupt, unter dem schon verräterischen Motto „Weg mit dem Dreck!" zum Frühjahrsputz rief, konnte man schon anhand der im Kasernenhofton formulierten Einladung und den in ihr verwandten 16 Ausrufezeichen erkennen, dass es da jemand überaus ernst meint. Auf den in transparente Klarsichthüllen gesteckten und fein säuberlich an kräftigen Bäumen des Viertels befestigten Zetteln war für die Bewohner (wobei die wichtigsten Passagen mit einem orangefarbenen Marker hervorgehoben wurden) u.a. folgendes zu lesen: „Gehwege sind keine Parkplätze und Baumscheiben keine Müllsammelplätze, und auch Gehwege lassen sich fegen." Die gelungene Mischung aus Passiv- und in ihnen versteckten Imperativkonstruktionen kam auch im Weiteren zur Anwendung: „Vorgärten lassen sich schon mit wenig Mühe zum Blühen bringen oder wenigstens begrünen! Und selbst ein neuer Zaun, der dem Paulusviertel angemessen ist, kostet ja kein Vermögen!" Wer so

schreibt, betrauert offenbar den Verlust von Autoritarismus, DDR und direkten Anordnungen; er betrauert eine Zeit, in der „dem Paulusviertel angemessene“ Zäune vom verantwortlichen Staatsratsekretär verordnet und Zuwiderhandlungen als gemeinschaftsschädigendes Verhalten geahndet wurden. Diese Zeiten sind glücklicherweise vorbei. Weil auch Hanna Haupt das weiß, setzt sie statt auf Strafandrohung auf billige Anbiederung. So postuliert sie, dass „stolze Autobesitzer ihr Fahrzeug nicht auf einen Müllhaufen stellen“ und deshalb „auch mal zu Besen und Schaufel“ greifen würden. Denn: Dort liege oft „noch das Laub vergangener Jahre!“. Wehe dem, der ungeniert auf Blättern parkt! Auch „Nachbarschaftshilfe ist nicht verboten – deshalb kann man auch den Dreck wegmachen, den ‚Unbekannte’ hinterlassen haben.“ In den Worten stecken die Verbitterung und der Groll von über 20 Jahren nutz- und vor allem weitgehend folgenlosen Vorsitzes einer Bürgerinitiative, deren üblicher Output ein jährlicher Flohmarkt ist, bei dem die beliebteste Attraktion das Angebot des „Friedenskreises Halle“ darstellt, sich mit einer Fahrrad-Rikscha „eine Runde für den Weltfrieden“ um eine Kirche kutschieren zu lassen. Doch aus Groll und Verbitterung erwächst noch keine Obsession für Hundescheiße und Straßendreck. Der zwanghafte Charakter des Sauberkeitsfimmels Hanna Haupts und ihrer hemdsärmeligen Helfer, den zu konstatieren angesichts der im Paulusviertel üblicherweise anzutreffenden blitzblanken Zustände sicherlich keine Schwierigkeiten bereitet, ist der sichtbare Teil eines Geisteszustands. Das Eintreten für Sauberkeit ist dabei nur der sozial akzeptierte Ausdruck eines ganz anderen Spleens. Was Freunde, Bekannte, Ehemänner und -frauen der Mitglieder der „Bürgerinitiative Paulusviertel“ zu dieser seltsamen Freizeitbeschäftigung zu sagen haben, wissen wir nicht. Was jedoch die Freud’sche Psychoanalyse zur Hingezogenheit zu Schmutz, Abfall und Kot vermutete, ist derweil überliefert: die Angstabwehr alles Sexuellen. Das Wühlen im Dreck dient dabei als Ausgleich für als verboten und schmutzig wahrgenommene (sexuelle) Wünsche und Fantasien. Die Überbetonung gegenteiliger Intentionen („Der Dreck muss weg!“) dient der Kontrolle von Vorstellungen, die angstbesetzt sind. Allein der Lustgewinn, den die genussvolle Verwendung des Wortes „Dreck“ im Aufruf zum Frühjahrsputz zu bringen scheint, ist dabei offensichtlich. Dankenswerterweise blieb an diesem sonnigen Samstag die Mehrheit der ansonsten ebenso unangenehmen wie langweiligen Einwohnerschaft dem bemitleidenswerten Treiben fern und beantwortete die von Hanna Haupts Putztruppe gestellte Frage „Wer, wenn nicht wir?“, dann auch folgerichtig mit: „Die Stadtwirtschaft“. ***(meh)***

» Bauer sucht Frau

Als sich die hallische Stadtverwaltung 2005 dazu entschloss, die Intendanz des dauerdebilen Bonjour-Tristesse-Stammgastes Peter Sodann über das „Neue Theater“ nicht mehr zu verlängern, begründete sie diese weise Entscheidung mit der Aussage, sich mehr „moderne, internationale Dramatik“ an den örtlichen Schauspielhäusern zu wünschen. Das Dumme ist: Halle und „moderne, internationale Dramatik“ vertragen sich nicht besonders gut. So verkündete Sodanns Nachfolger Christoph Werner, dem das hiesige Publikum den Bruch mit den Ostler-Revuen des Bundespräsidentschaftskandidatens der Herzen nie verziehen hat, schon lange vor dem Auslaufen seines Vertrages, sich nicht um eine Verlängerung bemühen zu wollen. Nach mehrmonatiger Suche verkündete das Stadtmagazin „Frizz“ nun, dass sich mit dem Schauspieler und Regisseur Matthias Brenner am Ende der „Wunschkandidat des Ensembles“ als Nachfolger Werners durchgesetzt habe. Das Magazin verschwieg dabei freilich etwas, was zumindest die Leser der „Bildzeitung“, die hier korrekt berichtete, wissen konnten: Brenner war nicht nur der Wunschkandidat des Ensembles, sondern auch der einzige, der sich um den Job beworben hatte. Der Schweizer Regisseur Res Bosshart, der sich zunächst ebenfalls auf die Interessentenliste hatte setzen lassen, zog seine Kandidatur schon im Januar zurück. „Er hat“, wie der hallische Stadtsprecher erklärte, „einer Professur in Zürich den Vorzug gegeben.“ Auch Bonjour-Tristesse-Autorin Melanie Hübner, die durch das Einstudieren eines Schülersketches in der 4. Klasse ebenfalls ausreichend qualifiziert gewesen sein dürfte, nahm nach einigen Überlegungen wieder Abstand von ihrem Plan, sich um das Amt zu bewerben. Ihr war ebenfalls ein besseres – und vor allem: herausfordernderes – Angebot angetragen worden: Sie arbeitet ab April als Kartenabreißerin in einer Minigolf-Anlage in Oldenburg. ***(tmd)***

» Barbaren unter sich

Als vor einigen Monaten der iranische Botschafter gemeinsam mit einer Handvoll Irrer – der Hamasfreund Udo Steinbach war ebenso mit von der Partie wie der Neonazi Jürgen Elsässer und der Antisemit Thomas Steinberg – in Hamburg einkehrte, um im dortigen Kempinski-Hotel den Jahrestag der „Islamischen Revolution“ zu begehen, setzte ihn die Leitung des Hauses nach Protesten diverser Organisationen kurzerhand vor die Tür: In Zeiten wie diesen, in denen allzu ruchbar wird, welche Art von Regime da im Iran wütet, wollte sich der umsichtige Hotelmanager mit einer Propagandaveranstaltung für die „Islamische Republik“ lieber doch keine schlechte Publicity einfangen. Die Stadtoberen und andere Politiker hatten erst recht wenig Lust, sich mit einem hochrangigen Regimevertreter ablichten zu lassen, man kommt dieser Tage ja so schnell ins Gerede.

Die Geschassten charterten einen Ausflugsdampfer (auf welchem ansonsten Firmenfeiern, goldene Hochzeiten und dergleichen prunkvolle Festivitäten stattfinden) und schipperten mit diesem auf der Elbe entlang. Während Sheikh Attar und mit ihm die restlichen Parias in Hamburg also auf einem Kahn vor den Stadtmauern Hof halten musste, freute man sich andernorts sehr viel mehr auf hohen Besuch aus dem Mullahland: In Magdeburg, wo die Zone am dunkelsten ist, verkündete die Pressestelle der Stadt vor wenigen Wochen mit greifbarem Stolz, dass „Magdeburgs Bürgermeister Dr. Rüdiger Koch im Alten Rathaus den Botschafter der Islamischen Republik Iran, S.E. Ali Reza Sheikh Attar“ empfangen hatte.

In einer anschließenden Kurzbiographie über den prominenten Neuzugang im Poesiealbum der Landeshauptstadt erwähnte die Pressestelle zwar allerlei Wichtiges über „Seine Exzellenz“ (Studium der Chemie, Botschafter in Indien, Berater des iranischen Außenministeriums, verheiratet, drei Töchter), vergaß allerdings ein kleines Detail aus dem Lebenslauf des Gastes: Von 1980–1985 war der enge Weggefährte Ahmadinedschads Gouverneur der Provinzen Kurdistan und West-Aserbaidschan und persönlich für die Abschlachtung hunderter Kurden verantwortlich. Nach Aussagen iranischer Oppositioneller hätten zwar alle Regimevertreter Blut an den Händen, Sheikh Attar aber gehöre zu jenen, die damals im Blut badeten. Die Peinlichkeit, diesen Massenmörder mit allen Ehren zu empfangen, dem zuvor in Hamburg jeder stadtoffizielle Handschlag verwehrt wurde, verweist auf eine weitere Magdeburger Besonderheit. Während in Hamburg eine große exiliranische Community dazu beitrug, einen Empfang Sheikh Attars zu verhindern, gibt es elbaufwärts kaum Landsleute des Botschafters, die mit ihrem Protest die Stadt hätten blamieren können. Denn der autochthone Magdeburger Nazi jubelt zwar dem Holocaustleugner Ahmadinedschad zu, wird aber handgreiflich, sobald er eines Iraners in seinem Revier gewahr wird.

So dürfte also vor einigen Wochen in Magdeburg traute Eintracht geherrscht haben: Die Stadtverwaltung erfreute sich am vermeintlichen Renommee, welches der internationale Gast ihr bescherte, die Nazis waren froh, einen Kameraden begrüßen zu können, der hernach wieder von dannen zog, und die lokalen Antiimperialisten haben zufrieden zur Kenntnis genommen, dass da einer geehrt wurde, der ihren Hass auf Israel uneingeschränkt teilt. Barbaren unter sich eben. ***(gez)***

» Satire mach dumm

Das Kabarett ist ein Volksspielhaus für Kleinkunst. Eine Ideologieschleuder für vergreiste Bildungsbürger, kultureller Treffpunkt der Stammwählerschaft der SPD und Verdienstmöglichkeit für gescheiterte Theaterschauspieler. Ein unangenehmer Ort also, an dem flache Namensanspielungen und Doppeldeutigkeiten – „Pfeffermühle“ (Leipzig), „Wühlmäuse“ (Berlin), „Denkzettel“ (Erfurt) – zu Hause sind. Erhöht man nun das Alter der Besucher und verringert ihren Bildungsgrad, ersetzt „Sozialdemokratie“ durch „Linkspartei“ und begreift das Kabarett nicht als Verdienstmöglichkeit für Laienschauspieler, sondern als Vollzeitarbeitsstätte engagierter Regionalpolitiker, befindet man sich im politisch-satirischen Kabarett Magdeburgs: der „Zwickmühle“. Im letzten Spielplan sprachen die Kabarettisten den einfachen Geistern Magdeburgs aus der Seele. Auf dem Deckblatt des Programmheftes war Roland Koch mit einer angedeuteten SS-Uniform abgebildet. Im Hintergrund standen drei Kabarettisten unter der abgewandelten Inschrift des Eingangstores von Auschwitz: „Hartz IV macht frei“.

Nachdem der „Grünen“-Stadtratsabgeordnete Sören Herbst seine geschmacklichen Vorbehalte gegenüber diesem Vergleich äußerte und damit eine Diskussion über die Grenzen der Satire auslöste, antwortete ihm der Gründer und Besitzer der „Zwickmühle“, Hans-Günther Pölitz, in einem offenen Brief. Er beharrte auf der Narrenfreiheit der Kunst und rechtfertigte das Deckblatt folgendermaßen: „Diese Collage soll in keiner Weise die Opfer des Holocaust verhöhnen [...], sondern vielmehr ein Schutz der Hartz-IV-Betroffenen sein, die unfreiwillig in diese Lage geraten sind, aber von der Politik immer mehr an den Rand des ‚werten Lebens‘ gedrängt werden.“ Die Collage solle vor allem verdeutlichen, „welchen Leuten“ – gemeint waren offensichtlich Neonazis – die Argumentation Roland Kochs dienen würde und welche Konsequenzen aus ihr folgen könnten. Nun gründet sich in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts nach fast 70 Jahren doch noch ein Ableger der „Weißen Rose“. Mit spezieller Prägung. So bedarf es doch eines ganz besonderen Geschichtsbewusstseins, um mit den von den Deutschen ermordeten Juden auf das Schicksal der Arbeitslosen von Magdeburg hinzuweisen. Der Unterschied zwischen industriellem Massenmord und Sanktionen gegen Arbeitslose ist für die historisierenden Satiriker Magdeburgs die Differenz von Milch und Butter: ein graduellER Unterschied. „Wir finden das neue Programm-Faltblatt sehr gelungen, denn für uns offenbart es, dass auch Hartz-IV eine menschenverachtende politische Maßnahme darstellt, die von deutschen Politikern [...] noch als bezahlter Urlaub angesehen wird“, tönen Renate und Helmut Heilmann – nach Selbstauskunft zwei „begeisterte Besucher all Eurer bisherigen und aller zukünftigen Programme“ – im Online-Gästebuch des Kabaretts. Weiter schreiben sie: „Wenn man die Geschichte kennt und weiß, dass die Nazis Tausende Juden unter dem Motto von Erholungsfahrten in die Vernichtungslager trieben, ist wohl der Kreis geschlossen.“ Klare Geschichte: Nach einem verpassten Termin beim Arbeitsamt und

nicht erbrachten Eingliederungsleistungen droht die direkte Erschießung der Arbeitsunwilligen in den Magdeburger Wäldern. Historischer Analogkäse. Das Geschichtsbild der Kabarettfreunde aus Magdeburg ist ungefähr so komplex wie der Ortsplan von Pölchow. Doch nicht nur die beiden mitteilungsbedürftigen Heim-Historiker Heilmann & Heilmann fanden Gefallen am Programmheft der „Zwickmühle". Auch die NPD begeisterte sich für die Darstellung Roland Kochs als „Hartz-Hetzer". Sie verteidigte die Kabarettisten in einer Pressemitteilung gegen die Kritik des „roten" Stadtrats. Warum Hans-Günther Pölitz' Warnung vor den deutschen Neonazis, denen – wir erinnern uns – diese „Argumentation wirklich dienen könnte", dermaßen ihr Ziel verfehlte, bleibt sein persönliches Geheimnis. ***(haj)***

» Wer solche Feinde hat ...

Kein Zweifel: Wenn sich so genannte Extremismusforscher daran machen, das „Dritte Reich" und die DDR gleichzusetzen, muss ihnen ins Wort gefallen werden. Das Problem ist: Dem Großteil der Gegner von Extremismusforschung und Totalitarismustheorie geht es weniger darum, die Relativierung von Auschwitz, auf die solche Parallelisierungen teils vorsätzlich, teils unbeabsichtigt hinauslaufen, zu kritisieren. Er will vielmehr eine Ehrenrettung des eigenen Vereins betreiben. Ganz in diesem Sinn verweisen die Kritiker der Gleichsetzung von rot und braun in den einschlägigen Diskussionen in der Regel auch nicht auf die Spezifik des Holocaust. Sie berufen sich stattdessen auf die eigene, mal akademische, mal politische, mal eingebildete Autorität. So auch kürzlich in Halle: Ende März fand im früheren Gestapo- und späteren Stasigefängnis „Roter Ochse" eine Lehrerfortbildung mit dem Titel „Diktaturvergleich als Methode der Extremismusforschung" statt. Als Referenten waren so fragwürdige Gestalten wie der Chemnitzer Politologe Eckhardt Jesse, der es dem Hitler-Attentäter Georg Elser immer noch nicht verziehen hat, dass er den geliebten Führer samt Entourage in die Luft jagen wollte, geladen worden. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung kam es zum Eklat: Die Linkspartei zeigte sich in gewohnter Weise betroffenfassungslos-schockiert. Sie konnte sich wieder einmal als Opfer einer fiesen Kampagne des Klassenfeindes gerieren und den Kitzel genießen, den die Selbsthalluzination als Verfolgte des Böhmer-Regimes mit sich bringt. (In dem Maß, in dem sich die Linke den Strasser- und Röhm-Fans von der NPD programmatisch weiter annähert, muss die Partei schon aus Imagegründen die Differenz zu ihnen betonen.) Innenstaatssekretär Rüdiger Erben (SPD) war ebenso empört. Abgesehen von den einschlägigen Sprechblasen („tendenziös", „skandalös" usw.) fiel auch ihm nur das gegen die Veranstaltung ein, was Sozialdemokraten eben so einfällt, wenn sie mit Kritik konfrontiert werden: Boykott und Verbot. Die Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt, der Erben vorsteht, zog ihre Unterstützung der Veranstaltung nicht zuletzt auf sein Betreiben hin zunächst zurück; Mitarbeitern der Stiftung und des Innenministeriums wurde die Teilnahme zeitweise kurzerhand verboten. Hinter so viel Autoritarismus wollte auch ein gewisser Clemens Heni, der seinen Doktortitel offensichtlich so schwer erkämpfen musste, dass er ihn selbst unter seine Einkaufszettel setzt, nicht hinterherstehen. Heni informierte die Gedenkstättenleitung des „Roten Ochsen" in einem Brief darüber, dass in Riga ein Sack Reis umgefallen war – genauer: dass er seinen Historikerkollegen bei einer geschichtswissenschaftlichen Tagung in der lettischen Hauptstadt empört von der hallischen Lehrerfortbildung erzählt habe. Nun, nachdem ER, Dr. Clemens Heni himself, die hallische Veranstaltung bei dieser Tagung erwähnt habe, rede man nicht nur in „Riga/Lettland" über den Fall, sondern „vielmehr auch in USA, Russland, Österreich, Deutschland, Israel, Litauen, Finnland, Estland dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern". Als Zeichen seiner akademischen Seriosität – und weil es wohl sonst niemand tut – zitierte Heni, in seinem Internetblog weltbekannt, schließlich sich selbst und machte das, was er wirklich kann: Er schleuderte mit einem Antisemitismusvorwurf um sich („der von Halle an der Saale ausgehende Antisemitismus") und zeigte, dass er vor allem eins hat: keine Ahnung. Während Antisemitismus und Auschwitz dem rechten (SPD) und linken (PDS) Flügel der Sozialdemokratie im besten Fall schlichtweg egal sind, gerät Heni alles, von der Totalitarismustheorie bis zum Verweis auf die Ungenießbarkeit von gefilte Fisch, unterschiedslos zu einer Spielart des Antisemitismus. Der Begriff des Antisemitismus löst sich so in einem klebrigen Empörungs- und Betroffenheitsbrei auf; die Fähigkeit zur Analyse und Kritik des Antisemitismus geht verloren. Ähnlich wie die rund 30 Leipziger Antifaschisten, die während der Lehrerfortbildung vor der Gedenkstätte demonstrierten, weil sie die eigene berufliche Perspektive auf einer der staatlichen Planstellen gegen Neonazis durch die Totalitarismustheorie in Gefahr gebracht sehen, machen es Heni, Erben, Linkspartei und Co. den Freunden der Extremismusformel leider nur allzu leicht. Wer solche Feinde hat, braucht keine Freunde. ***(Dipl.-Ing. ahr)***

» Halles beliebtestes Schimpfwort

Wer sich für das Selbstverständnis der Nachwuchshooligans des „Halleschen Fußballclubs" (HFC) interessiert, kann auf ihrer Homepage lesen, dass „prinzipiell alle Entscheidungen innerhalb der Gruppe demokratisch gefällt [werden], d.h. die Mehrheit entscheidet". Jeder hätte das Recht, „Ideen und Vorschläge einzubringen und diese zu verwirklichen". Diese Musterdemokraten nennen sich selbst „Jugendbande Saalefront" und sind nach eigenen Angaben eine zwanzigköpfige Ultragruppe im Alter zwischen 14 und 20 Jahren. Wie ein demokratischer Mehrheitsentscheid bei der „Jugendbande" kürzlich ausging, zeigt sich im hallischen Stadtbild. Dort sind neben Graffiti und Aufklebern der Minihools regelmäßig eindeutige Bekenntnisse zu finden. Die bis dato letzte demokratische Entscheidung wurde an einem Wochenende getroffen, als sich die Mehrheit der U21-Ultras offenbar für das Demolieren eines Asiaimbisses aussprach. Auch der Vorschlag, den Imbiss zusätzlich mit dem Wort „Juden" zu beschmieren, muss, dem Selbstverständnis nach, von mehr als der Hälfte für richtig erachtet worden sein. Wahrscheinlich gab es nur bei einer Fragestellung längeren Klärungsbedarf: Unterschreibt jeder mit seinem Vor- und Zunamen oder genügt der Gruppenname „JBSF". Wie die Entscheidung ausging, ist gegenwärtig an zahlreichen Orten in Halle ersichtlich. Nun ist es bei weitem keine Neuigkeit, dass sich das Fanumfeld des HFC gerne des Wortes „Jude" bedient, um Gegner zu verunglimpfen. Unvergessen sind die Schmährufe „Juden Jena" im Jahr 2008 gegen den „FC Carl Zeiss Jena". Die in Halle und anderswo aufgetauchten Schmierereien „Juden MD", „Juden VfL" usw. lassen auf die hohe und seltene Gabe der gelungenen Kombination von bereits Erlerntem und neuen Lerninhalten schließen. Wie auch immer: Danke für die Unterschrift „Jugendbande". So kommt wenigstens nicht der grundlose Verdacht auf, dass organisierte Nazis dafür verantwortlich seien. Es ist kein allzu großes Geheimnis, dass im Kurt-Wabbel-Stadion, der maroden Kampfarena des HFC, Ultras und Nazis oft in Personalunion anzutreffen sind. Doch nicht nur die Rotzbengel der „Jugendbande Saalefront" pflegen ihren Antisemitismus: Bei einem Hallenturnier, an dem auch der „FC Carl Zeiss Jena" teilnahm, platzte es plötzlich aus einer Frau mittleren Alters heraus. Sie beschimpfte den Verein als „Scheiß Juden Jena". Auch außerhalb des Fußballstadions wird man manchmal beim Verzehr einer Currywurst eiskalt erwischt, wenn langweilige BWL-Studenten sich untereinander als „Juden" beschimpfen. Es ist also nicht verwunderlich, dass die antisemitischen Parolen und Schmierereien des HFC-Kindergartens zunächst keinerlei Aufsehen erregten. Erst nach einer Presseerklärung des „AK Kritischer Studierender der MLU Halle" wurde in Internetforen wieder fleißig diskutiert. Und die wahren Schuldigen sind mal wieder die „bösen Medien", die sich auf die Taten „vereinzelte Störer" stürzen und den HFC diskreditieren wollen. So spricht ein dem Fußballverein zugetaner Fan von fiesen „Vermutungen und Unterstellungen", wahrscheinlich „eine Kampagne von Stadiongegnern, Grünen und Linken". Die vor allem eins wären: „Rufmord". ***(flp)***

» Sachsen-Anhalt – Dein Land!

„Das alles hier. Das sind wir. Komm, zeig dem Land deinen Verstand. Gib nicht das Ruder aus der Hand! Wir stehen früher auf, sind cooler drauf und kommen aus? Sachsen-Anhalt!" Wem es bei einem so tollen Sprechgesang, mit so viel positiver Energie nicht eiskalt den Rücken herunter läuft, der kann sich bei den Machern der Kampagne „Das hier sind wir" bedanken. Die dazugehörigen Spots zeigen junge Menschen, die voller Leidenschaft und Überzeugung ganz grotesk durch die Magdeburger Innenstadt hopsen und sich ihres Elends nicht bewusst zu sein scheinen. Denn anders als die Internetseite verspricht, ist das Kultur- und Arbeitsangebot hier nicht sonderlich einladend. Die vielfach betonten Zukunftsperspektiven liegen eher woanders. Erdacht wurde diese Kampagne, wie sollte es anders sein, vom Land Sachsen-Anhalt selbst, um das Image Dunkeldeutschlands aufzubessern. Denn: „Kultur und Wirtschaft, Leben und Arbeit –Sachsen-Anhalt ist ein Land, das Maßstäbe setzt". Welche Maßstäbe das genau sind, wird im Slogan „Wir stehen früher auf», mit dem Durchreisende an den Landesgrenzen begrüßt werden, deutlich. Er sagt laut Werbespot nicht nur aus, dass „wir Sachsen-Anhalter neun Minuten früher aufstehen als die Menschen in anderen Teilen Deutschlands, sondern er steht auch für Mut und Stärke zu Fortschritt und Innovation". Da möchte man doch am liebsten gleich liegen bleiben. An anderer Stelle wird deutlich, woraus diese Kampagne ihren Wahnwitz schöpft und worauf sie sich beruft. „Wir haben eine stolze Geschichte mit den Ottonen und Luther und können in eine aufregende Zukunft blicken." Bei der angesprochen Geschichte und Luther weiß man ja, was von der Zukunft zu erwarten ist. Hinter der Forderung nach regionaler Identität steht nichts anderes als das Verlangen nach Lokalpatriotismus. Heimatbewusstsein und -verbundenheit sollen Dummheit und das Versagen in etwas umlügen, das Trost spendet. Nicht so besonders durch Tradition und Harmonie, sondern eher durch Hass auf Nachbarn und Mitmenschen. Dabei sind die Loblieder auf die Heimat keine Liebeserklärungen, sondern eine Kampfansage an das Fremde. Homogenisierung nach Innen und Abgrenzung nach Außen. Doch warum ist man nun eigentlich in Sachsen-Anhalt Frühaufsteher? Wieso sollte die Eintönigkeit absichtlich in die Länge gezogen werden? In diesem Sinne: Ausschlafen! ***(nen)***

» Charlotte Roche auf noch dümmer

Das hallische Fachblatt für regionale jugendkulturelle Belanglosigkeiten, die „Aha", ist schon seit geraumer Zeit auf der Suche nach seinem individuellen Tiefpunkt. Schon nach dem „Relaunch" (vgl. „Bonjour Tristesse" Nr. 2/2008) vor knapp zwei Jahren hatte man das Gefühl, dass es furchtbarer nicht ginge. Es schien, dass nur der Verzicht auf die das Heft schmückende Werbung für Tennissocken und Handyverträge das Produkt noch entsetzlicher werden lassen könnte. Doch

weit gefehlt. Die monatliche Hackfressenparade, bei der die am Wochenende die hallische Innenstadt heimsuchenden Umländler sich betrunken in den „angesagtesten“ Diskotempeln in den immer gleichen Posen (meist ist es die in Richtung Kamera herausgestreckte Zunge) fotografieren lassen, wurde erweitert. Die redaktionellen Texte überschreiten nach wie vor selten die Länge einer SMS, und das Titelbild dient neuerdings als Werbefläche für so niveauvolle ostdeutsche Abendunterhaltung wie die „Highland-Games“, „Rammstein“-Cover-Band-Abende oder Silvester-im-Volkspark-Events. Insbesondere eine Redakteurin erfreut sich in der Leserschaft großer Beliebtheit: Chantall (auf hallisch: Schandall). Ein Name, so penetrant wie Gesichtsakne auf der Haut von 15-Jährigen. Der so beispielhaft steht für die Abscheulichkeiten der Zone, seine Bewohner und deren Untaten an ihren Mitmenschen. Und der hält, was er verspricht. Chantalls Aufgabe ist es, monatlich an repräsentativer Stelle eine Kolumne zu schreiben. Chantall nimmt dabei kein Blatt vor den Mund, sie schreibt, wie sie spricht. Und so liest es sich dann auch. Eine Auswahl: In der Novemberausgabe berichtet Chantall über einen Mann (Johannes, „seit drei Jahren Anwalt“), der „den perfekten Schwanz hat: nicht zu klein, nicht zu lang, ausreichend im Durchmesser, perfekt eben“. Im Dezember, weil's offenbar so spannend war, wird die gleiche Geschichte wieder ausgepackt: „Wir hatten Sex, er rief kurz danach an und wollte mich wiedersehen. Ich ihn im Übrigen auch.“ Gähn. Im Januar betrank sich die Partymaus, benahm sich peinlich, weil sie ihren „Ex-Freund Kevin“ in den Armen seiner „neuen Freundin“ sah, im Kampf „rücklings in die Stühle“ fiel und „am nächsten Morgen inmitten von halbverdauten Bowlefrüchten“ aufwachte. Okay. Im Februar hieß das Thema dann: „Dürfen Frauen pupsen?“ Woraufhin sie wieder Geschichten aus ihrem Leben bzw. dem ihrer Freundin bemüht: Sie „war kurz vorm Höhepunkt, als ihr, nun ja, ein Lüftchen ins Gesicht schoss. Natürlich hat sie sich tierisch aufgeregt, aber letztlich hat ihr Trieb gesiegt. Zumindest bis zum Orgasmus stand sie Blähungen toleranter gegenüber.“ Alles klar. Und in der Märzausgabe ging es zur Überraschung mal um etwas anderes: Genau. Um Männer und Körperflüssigkeiten. Sie fand sich „eng umschlungen mit einem Wildfremden“. Später dann machte sie sich „Sorgen, ob das Nasse unter mir Blut ist oder ich einfach wahnsinnig feucht bin“. Auszüge aus fünf verschiedenen Kolumnen von Chantall. Chantall ist Charlotte Roche auf noch dümmer, das Dr.-Sommer-Team auf plump, eine psychosexuell unterentwickelte Elfjährige im Körper einer Erwachsenen. Und der Beweis, dass sich eine infantile Anal- und Genitalfixierung merkwürdigerweise je mehr verbreitet, desto mehr Sexualität enttabuisiert ist. ***(mab)***

» Respekt!

Er singt von „Huren“, „Schwuchteln“ und der Verteidigung seiner Ehre. Seine Mission: Habt Respekt! Er ist ein gefragter Talkshowgast der öffentlich-rechtlichen Sender (ein Grund mehr, die Gebühren zu prellen), und seine Fangemeinde reicht vom zwölfjährigen Teenager bis zu seinem breitschultrigen, beim Fußball prollenden Vati. Die Rede ist von Bushido. Der Rapper ruft seit Beginn seiner Karriere widersprüchliche Reaktionen hervor. Aufgrund seiner gewaltverherrlichenden und schwulen- wie frauenfeindlichen Texte gilt der „Gangsta-Rapper“ als Schrecken aller Pädagogen und Eltern. Kerner und Co. widmeten Bushido einstündige Sendungen, um ihn zur Rede zu stellen, warum er etwa Frauen beschimpft. (In ihrer Kritik thematisierten Moderator und Gäste allenfalls Beleidigungen wie etwa „Hure“, aber nicht Bushidos besungenen Wunsch nach der Scharia. Doch schon während der frühen TV-Auftritte stimmten Sozialarbeiter eine Lobeshymne auf den Berliner an und priesen seine Authentizität – er spreche die „Sprache der Straße“). Selbst eine jugendpolitische Sprecherin der Hamburger Christdemokraten forderte ihn auf, als Vorbild für Jugendliche die richtigen Werte zu vermitteln. Mittlerweile kennt die Begeisterung seiner erwachsenen Fans keine Grenzen mehr. In Schulen darf Bushido als cooler Hobbypädagoge auftreten, Maischberger lädt ihn als Gesprächspartner zum Thema Kindererziehung ein, und Bayerns Ministerpräsident bekundet unverhohlen seine Sympathie mit dem Rapper. Und der Skandalrapper, wie er immer noch gern genannt wird, kann laut überlegen, in naher Zukunft Berlins Bürgermeister und später Bundeskanzler zu werden, ohne dass sich aufgrund seines Größenwahns Hohn und Gelächter über ihn ergießt.

Im Frühjahr war Bushido in seiner Filmbiographie „Zeiten ändern Dich“ auf den Kinoleinwänden zu sehen. Produzent und Drehbuchautor Bernd Eichinger setzte seine Reihe „Wichtige deutsche Persönlichkeiten“ fort: Nach Adolf Hitlers „Untergang“ und Andreas Baaders präpotenten Revolutionsspiel folgte nun Anis Mohamed Youssef Ferchichis Aufstieg, alias Bushido („ich bin der Führer wie A“). Eichinger zeigt Bushidos Weg zum Erfolg, natürlich nah an der Realität. Jedes zweite Wort ist „behindert“ oder „Spast“, und alle fünf Minuten prügelt sich Bushido (und siegt immer). Der Rapper, der sich selbst spielt, setzt sein ganzes schauspielerisches Können im Film in einen einzigen Gesichtsausdruck – a new Peter Sodann is born. In „Zeiten ändern Dich“ werden die Anschläge am 11. September als Ursache für die Kehrtwende – vom arbeitslosen Graffitisprayer zu Deutschlands beliebtesten Sprechsänger – gezeigt. Bushido, der nicht nur im Film sich selbst spielt, sondern die Handlung als Sprecher aus dem Off kommentiert, sagt zu den Zuschauern, dass die Bilder der einstürzenden Türme des World Trade Centers ihn nicht geschockt hätten. Aber er habe den Willen zum Leben in sich gespürt und begann mit dem Texten. Im Spielfilm wird Bushidos Song zum 11. September nicht zitiert: „Wenn ich will, seid ihr alle tot, ich bin ein Taliban. Ihr Missgeburten habt nur Kugeln aus Marzipan.“ Und weiter im Film: Bushido überzeugt erfolgreich eine Untersuchungsrichterin, dass man zur Verteidigung der Menschenwürde schon mal denjenigen krankenhausreif prügeln darf, der die Reifen seines geliebten Autos aufgeschlitzt hat. Recht verkommt hier zum Ausdruck einer gefühlten Gerechtigkeit. Am Ende des Films hat Bushido jedem Hauptdarsteller und mindestens jedem zweiten Nebendarsteller vorgehalten bzw. ins Gesicht geschrien, worum es ihm geht – „Respekt“. Die Familienharmonie ist wieder hergestellt (dem Vater, der die Mutter verprügelte, verzeiht der Islam-Rapper), und er beschallt vor dem Brandenburger Tor Deutschland, und Deutschland jubelt ihm zu.

Und wenn Deutschland jubelt, dann jubelt auch Halle: Auf der Werbetour zum Film begrüßte Bushido seine Fans im örtlichen Großraumkino. Mindestens 500 kreischende Teenager – die Mädchen mit Tocotronic-Scheitel, die Jungs in weiten Hosen –, ihre Eltern und einige breitschultrige, Münz-Mallorca-gebräunte junge Männer mit hartem Gesichtsausdruck hörten ihrem Star, der im Trainingsanzug auftrat, zu. Dieser begann, man kann es sich denken, seine Rede mit einer Ermahnung: Alle sollten die Zuschauer hinter sich respektieren, sich setzen, so dass jeder ihn sehen könne. Die rappende Super-Nanny versuchte sich zunächst als Entertainer: „Wahnsinn, dass so viele am Nachmittag hier ins Kino gekommen sind. Habt ihr alle keine Arbeit?“ Niemand lachte. Bushido stellte seinen Zuhörern eine unlösbare Aufgabe: „Stellt mir eine intelligente Frage, die ich noch nie gehört habe.“ Versuch Nummer 1 (Nadine, 22) beschwerte sich ausführlich darüber, dass sie zu seinen Konzerten immer nach Dresden fahren müsse. Ihr Star unterbrach sie nach zwei Minuten: „Was ist die Frage?“ – „Wann kommst Du runter nach Leipzig?“ – „Also wann ich runter – runter mit ö – komme ...“ Beim zweiten Versuch fragte die 14-jährige Jacqueline, ob Bushido etwas fürs Publikum rappen könne und auch Sandra, 18, scheiterte: „Kennst Du Sven Hoffmann? Das ist doch dein Manager.“ Bushido: „Wen? Mensch, da hat Dich jemand im Chat verarscht.“ Der Kurzauftritt bewies vor allem eins: Die Fans sind blöder als ihr Star. Respekt! ***(msd)***

» Liebe Oberbürgermeisterin von Halle,

wir haben persönlich nichts gegen Sie vorzubringen. Ihr Privatleben geht uns nichts an, und – ehrlich gesagt – der Rundbrief des „Vereins der Aquarien- und Terrarienfreunde ‚Skalare‘ e.V.“ in Rosenheim erscheint uns spannender als das Wühlen in Ihrem Innenleben. Gestatten Sie uns dennoch eine Frage: Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie sich im Frühling entschieden, Ihre Unterschrift öffentlichkeitswirksam unter einen „Appell für eine Zukunft ohne Atomwaffen“ zu setzen? Lassen sie uns raten: Sie wissen, wie schwer es ist, gegen den Strom zu schwimmen? Sie halten es demnach mit Kurt Tucholsky, der irgendwann mal sagte: „Nichts ist schwieriger und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!“? Ist es so? Wussten wir es doch. Bescheidenheit war schon immer Ihre Stärke. Um Ihnen die Arbeit zu erleichtern, zukünftig garantiert gegen den Zeitgeist gerichtete und die Welt vor dem drohenden Untergang rettende Unterschriftenlisten und Petitionen zu entdecken, die auf die Unterzeichnung der hallischen Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados geradezu gewartet haben, haben wir für Sie – sehr verehrte OB – mal nachgedacht. Wir finden, es gibt noch viel mehr von der Weltöffentlichkeit geradezu ignorierte Probleme. Wie wäre es mit Ihrem süßen Kringelchen gegen das Abschmelzen der Polkappen, für die Bestrafung japanischer Walfänger oder das Verbot von Kinderpornografie im Internet? Es gibt Hoffnung! Dank Ihnen!

Darauf ein Pilz? ***(mab)***

» Böse Früchte

Was dir, liebe junge Paulusviertelmutter mit Alternativtouch, durch deinen offenbar nicht eben übermäßig genutzten Kopf gegangen ist, als du mit deiner Tochter durch die Gänge eines bekannten 24h-Supermarktes in Halle schlendertest, wissen wir nicht. Dass du deinem Kind allerdings, als ihm der Wunsch nach einer Südfrucht stand, diesen mit dem Hinweis abschmettertest, dass das importierte Produkt im Staat der Juden gehegt, gepflegt und gepflückt wurde, geht, wie wir finden, zu weit. Vielleicht solltest du, wenn du deinem minderjährigen Nachwuchs schon die kindgerechte Abwandlung einer ebenso alten wie bekannten Parole, nämlich: „Kauft nicht bei Juden“, beizubringen versuchst, wenigstens so ehrlich sein, deinem Balg auch mitzuteilen, dass deine Vorfahren nur knapp an der Endlösung der Früchtefrage scheiterten, als einfach zu behaupten, Israel sei ein „böses Land“, und hernach wortlos zu den Äpfeln deutscher Provenienz schreiten. Denk mal drüber nach. ***(mab)***

V.i.S.d.P.: P. Finow, An der Magistrale 89
06124 Halle (Saale)
Kontakt: www.bonjour-tristesse.tk
tristesse@freenet.de